



HESSEN



Bericht aus Brüssel

12/2023 vom 16.06.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	5
Ausschuss der Regionen.....	10
Wirtschaft.....	11
Verkehr.....	13
Energie.....	14
Digital.....	14
Forschung.....	16
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz	19
Umwelt.....	20
Landwirtschaft	24
Justiz	27
Inneres.....	29
Information, Kommunikation und Medien	32
Veranstaltungen.....	33
Vorschau	38

Institutionelles

Kommission; Ethikstandards für alle EU-Institutionen

Am 08.06.2023 hat die Kommission einen Vorschlag für die Einrichtung eines interinstitutionellen Ethikgremiums mit gemeinsamen, verständlichen und transparenten Standards angenommen. Dieser soll erstmals gemeinsame Standards für das ethische Verhalten der Mitglieder der Institutionen schaffen. Das Gremium soll drei Hauptaufgaben haben: die Entwicklung und Aktualisierung der gemeinsamen Mindeststandards, den Meinungsaustausch über interne Vorschriften der Institutionen und die Förderung einer gemeinsamen Ethik-Kultur. Die Standards sollen sich auf mehrere Bereiche beziehen: Annahme von Geschenken, Bewirtung und Reisen, Konditionalität und Transparenzmaßnahmen, insbesondere für Treffen mit Interessenvertretern, anzugebende Interessen und Vermögenswerte, Nebenbeschäftigung oder externe Tätigkeiten, Tätigkeiten ehemaliger Mitglieder der Institutionen nach Ablauf des Mandats, Umsetzung des gemeinsamen Rahmens einschließlich Überwachung der Einhaltung der Vorschriften sowie der Weiterverfolgung dieser und letztlich zur Öffentlichkeit der Informationen. Jede Institution muss bekannt geben, wie sie die Standards anwendet. Betont wird seitens der Kommission, dass das Gremium keine Einzelermittlungen durchführen oder bestehende Untersuchungen einschränken will.

https://commission.europa.eu/publications/proposal-creation-interinstitutional-ethics-body_de

Rat; Schwerpunkte Spanische Ratspräsidentschaft

Am 01.07.2023 wird ESP die Ratspräsidentschaft übernehmen. Am 15.06.2023 stellte der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez die Prioritäten der spanischen EU-Ratspräsidentschaft vor, die unter dem Motto „Europa, näher“ stehen soll. Die spanische Ratspräsidentschaft wird vier Schwerpunkte haben: Reindustrialisierung und strategische Autonomie, Vorantreiben des grünen Wandels und der ökologischen Transformation, Förderung sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Stärkung der europäischen Einheit. Besonders hervorgehoben wurde bei der Vorstellung der Prioritäten, dass der Pakt über Migration und Asyl während der spanischen Ratspräsidentschaft verabschiedet werden soll.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/priorities-of-the-spanish-presidency-of-the-council-of-the-eu/>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Erklärung Konflikt Serbien-Kosovo

Am 03.06.2023 gab der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, eine Erklärung zu den neuesten Entwicklungen im Norden des Kosovo ab. Die EU verurteile die Gewalttaten gegen Bürgerinnen und Bürger, Angehörige der KOFR, Strafverfolgungsbehörden und Medien im Kosovo. Des Weiteren stehe die EU fest hinter der NATO-KFOR Mission sowie der EU-Mission EULUX bei der Erfüllung ihrer jeweiligen Mandate. Er forderte dabei sowohl Kosovo als auch Serbien nachdrücklich dazu auf, unverzüglich und bedingungslos Maßnahmen zur Deeskalation herbei zu führen und die spaltende Rhetorik einzustellen, da die Lage dringend beruhigt werden müsse. Man erwarte von beiden Seiten verantwortungsvolles Handeln und Teilnahme an dem von der EU unterstützten Dialog, um eine dauerhafte Lösung im Norden des Kosovo zu finden. Diese müsse die Sicherheit und partizipative Demokratie aller Bürgerinnen und Bürger

gewährleisten und den Weg für die Umsetzung des Abkommens über den Weg der Normalisierung ebnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/03/statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-kosovo-and-latest-developments/>

Kommission; Partnerschaft EU mit Lateinamerika & Karibik

Am 07.06.2023 veröffentlichte die Kommission eine gemeinsame Mitteilung über eine neue Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik. Darin ist vorgesehen, die strategische Partnerschaft mit der Region durch intensiviertes politisches Engagement, Förderung von Handel und Investitionen und den Aufbau nachhaltiger, fairer und stärker vernetzter Gesellschaften durch Global Gateway-Investitionen zu stärken. Dies soll die Möglichkeit bieten, die gemeinsamen Interessen beider Regionen zu verteidigen und als wichtiger Schritt dienen, um kommenden globalen Herausforderungen zu begegnen und eine nachhaltige Zukunft zu gestalten. Die Vorschläge der Kommission beziehen sich auf eine erneuerte politische Partnerschaft, die Stärkung der gemeinsamen Handelsagenda, Einführung einer Global-Gateway-Investitionsstrategie, Bündelung der Kräfte für Justiz, Bürgersicherheit und Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität, Zusammenarbeit zur Förderung von Frieden, Sicherheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und humanitärer Hilfe sowie den Aufbau einer dynamischen Partnerschaft mit persönlichen Kontakten.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023JC0017>

EuG; Gericht weist die Klage von Aleksandr Vasilevich Shakutin ab

Der EuGH hat am 07.06.2023 sein Urteil in der Rechtssache T-141/21, Shakutin gegen Rat, bekannt gegeben. Die vom Rat angeführten Sachverhalten seien hinreichend konkret, genau und übereinstimmend, um nachzuweisen, dass Shakutin vom Lukaschenko-Regime profitiere und es unterstützte. Aleksandr Vasilevich Shakutin, der belarussischer Staatsangehöriger ist, wurde vom Rat als einer der führenden in Belarus tätigen Geschäftsleute identifiziert. Mit Geschäftsinteressen im Bau-, Maschinenbau-, und Agrarsektor soll er unter der Präsidentschaft von Alexander Lukaschenko von der Privatisierung profitiert haben. Er sei zusätzlich Mitglied oder ehemaliges Mitglied des Präsidiums der für Lukaschenko eintretenden öffentlichen Vereinigung „Belaya Rus“ sowie des Rates für die Entwicklung der Unternehmerschaft in der Republik Belarus (REU). Daher profitiere er dem Rat zufolge vom Lukaschenko-Regime. Herr Shakutin wurde - den 2020 belarussischen Präsidentschaftswahlen folgend, die vom Rat als nicht konform mit internationalen Standards befunden wurden und von Repressionsmaßnahmen gegen unabhängige Kandidaten sowie einem Vorgehen gegen friedliche Demonstrationen geprägt waren - auf die Liste der Personen gesetzt, welchen die Einreise in oder die Durchreise durch das Hoheitsgebiet der EU-Mitgliedsstaaten verboten ist und deren Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen eingefroren waren. Daraufhin reichte Herr Shakutin beim Gericht eine Klage auf Nichtigerklärung gegen diese Maßnahmen ein. Das Urteil weist nun die Klage von Herrn Shakutin ab und bestätigt damit die gegen ihn verhängten Maßnahmen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-141/21>

Kommission; EU Besuch in Tunesien ein Meilenstein in den Beziehungen

Am 12.06.2023 waren die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni als auch der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte zu Besuch in Tunis. Dabei betonten diese die guten Beziehungen zwischen Tunesien und der EU. Von der Leyen verwies darauf, dass Europa seit 2011 den Weg Tunesiens zur Demokratie unterstütze und man deshalb

nun gemeinsam an einem umfassenden, fünfsäuligen Paket arbeite, um die Beziehungen weiterhin zu stärken und in Stabilität und Wohlstand zu investieren. Die erste Säule beziehe sich auf die wirtschaftliche Entwicklung, wobei die Kommission die Bereitstellung einer Makrofinanzhilfe erwäge, welche bis zu 900 Mio. EUR umfassen könnte. Als Sofortmaßnahme könnten auch weitere 150 Mio. EUR an Haushaltsunterstützung bereitgestellt werden. Durch die zweite Säule solle das Handelsabkommen zwischen der EU und Tunesien modernisiert werden, wobei der digitale Sektor ein wichtiger Schwerpunkt sei. Der größte Bereich für Investitionen soll laut von der Leyen der Bereich Energie sein. Hierbei soll vor allem in erneuerbare Energien in Tunesien investiert werden. Die vierte Säule beschäftige sich mit Migration und sehe vor, Tunesien beim Grenzmanagement zu unterstützen. Damit möchte man gegen Menschensmuggel und Schleuserkriminalität vorgehen. Letztlich kündigte von der Leyen als fünfte Säule direkte persönliche Kontakte an. Hierbei plant die Kommission im Rahmen des Programms Erasmus+ ein Tunesien-Fenster mit einem Volumen von 10 Mio. EUR an, um den Austausch von Studierenden zu unterstützen. Zusätzlich sollen Fachkräftepartnerschaften eingerichtet werden.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/team-europa-tunis-besuch-ein-meilenstein-den-beziehungen-eutunesien-2023-06-12_de

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 12.-15.06.2023 in Straßburg

Ukraine: EP fordert NATO-Beitritt nach Kriegsende

Das EP fordert die NATO-Verbündeten auf, ihre Verpflichtungen gegenüber der Ukraine einzuhalten und den Weg für eine Einladung des Landes zum NATO-Beitritt zu ebnen. In einer Entschließung, die am 15.06.2023 mit einer Mehrheit von 425 - 38 - 42 angenommen wurde, betonen die MdEP, dass sie erwarten, dass das Beitrittsverfahren nach Kriegsende beginnt und so rasch wie möglich abgeschlossen wird. Bis die vollständige NATO-Mitgliedschaft verwirklicht ist, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten zusammen mit den NATO-Bündnispartnern und gleichgesinnten Partnern eng mit der Ukraine zusammenarbeiten, um einen befristeten Rahmen für Sicherheitsgarantien zu entwickeln, der unmittelbar nach dem Krieg umgesetzt wird, so die Abgeordneten. Das EP betont, dass die Integration der Ukraine in die NATO und die EU die regionale und globale Sicherheit verbessern und die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der euroatlantischen Gemeinschaft stärken würde. Die MdEP verurteilen die Zerstörung des Staudamms von Kachowka durch Russland am 06.06.2023, die ein Kriegsverbrechen darstellt und in der Ukraine großflächige Überschwemmungen, eine Umweltkatastrophe und einen Ökozid herbeigeführt habe. Alle Verantwortlichen für Kriegsverbrechen, einschließlich der Zerstörung des Staudamms, müssen im Einklang mit dem Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden, fügen die MdEP hinzu. Die MdEP fordern ein umfassendes und angemessenes EU-Aufbaupaket für die Ukraine, dessen Schwerpunkt auf Soforthilfe und auf mittel- und langfristiger Hilfe, dem Wiederaufbau und der Erholung des Landes liegen sollte. Das EP bekräftigt seine Unterstützung für die Entscheidung des Europäischen Rates, der Ukraine im letzten Jahr den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen. Die MdEP fordern einen klaren Pfad für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen, die bei ausreichender Unterstützung bereits in diesem Jahr aufgenommen werden könnten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0247_DE.html

Ansprache des CYP Präsidenten Nikos Christodoulidis

Der CYP Staatspräsident Nikos Christodoulides stellte dem EP am 13.06.2023 seine Vision für die Zukunft Europas vor, wobei er sich auf geopolitisch bedingte Herausforderungen konzentrierte. Im Rahmen der Debattenreihe "This is Europe" forderte Präsident Christodoulides ein geeintes Europa, das in der Lage sein müsse, sich zu verändern, um seinen Platz in der Welt von morgen zu sichern. Er sei der festen Überzeugung, dass die EU in Bereichen wie Sicherheit, Energie und Gesundheit strategisch autonom sein muss. Christodoulides erklärte darüber hinaus, dass die EU die Ukraine weiterhin unterstützen müsse. Die hohen Kosten der Unterstützung der Ukrainer im Kampf gegen die russische Aggression seien es wert, auf sich genommen zu werden, da der Frieden in Europa verteidigt werden müsse. Im Hinblick auf die unverhältnismäßige Last, die sein Land bei der Bewältigung der Migrationsströme zu tragen habe, forderte er einen Migrations- und Asylpakt, der auf Solidarität und Verantwortung beruht und auch die externen Aspekte der Migration behandle. Der CYP Präsident bekräftigte die Notwendigkeit einer umfassenden Lösung für die Besetzung des Nordteils der Insel im Einklang mit dem Völkerrecht, den Resolutionen des UN-Sicherheitsrats und den Rechtsvorschriften, Werten und Grundsätzen der EU. Das CYP-Problem sei ein europäisches Problem, das europäische Lösungen erfordere. Christodoulides forderte die Ernennung eines EU-Beauftragten für das Zypern-Problem, um die festgefahrene Situation zu überwinden. Mehrere MdEP brachten ihre einhellige Unterstützung für eine friedliche Wiedervereinigung CYP zum Ausdruck und unterstützten den Vorschlag zur Ernennung eines EU-Beauftragten. Die Bekämpfung der illegalen Einwanderung stand im Mittelpunkt des Austauschs, während die Frage der Energieressourcen im geopolitischen Kontext und vor dem Hintergrund des grünen Übergangs ebenfalls eine wichtige Rolle spielte. Die meisten MdEP verurteilten die fortgesetzte Besetzung Nordzyperns und die Provokationen der Türkei im östlichen Mittelmeer und sprachen sich gegen die Instrumentalisierung von Migranten durch die Türkei aus. Viele Redner forderten eine härtere Haltung der EU, während einige die Bedeutung einer soliden strategischen Partnerschaft mit der Türkei betonten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-06-13-ITM-004_DE.html

Ansprache von Kosovos Präsidentin Vjosa Osmani

Am 14.06.2023 sprach die Präsidentin der Republik Kosovo, Vjosa Osmani, in einer feierlichen Sitzung vor dem Plenum. An die Adresse der im Kosovo lebenden Serben gerichtet betonte sie, dass das Kosovo auch ihre Heimat sei. Man werde alles in eine Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass sie sich geschützt, einbezogen, gleichberechtigt und gehört fühlen. Als erste Präsidentin des Kosovo seit der Unabhängigkeit des Kosovo im Jahr 2008, die vor dem EP spricht, betonte sie, dass ihr Land einen nachhaltigen, gerechten Frieden und Stabilität anstrebt, in dessen Mittelpunkt die Achtung der Souveränität, der territorialen Integrität und der gutnachbarlichen Beziehungen steht. In Bezug auf den Weg des Kosovo zur EU-Mitgliedschaft erklärte Präsidentin Osmani, ihr Land sei sich der Herausforderungen bewusst, die vor ihm lägen, und glaube an einen leistungsorientierten Prozess für Länder, die die europäischen Werte wirklich respektieren und danach handeln. Es seien Europäische Werte, die die Vergangenheit geprägt haben, das Kosovo in der Gegenwart inspirieren und es in eine Zukunft führen. Präsidentin Osmani betonte das Engagement des Kosovo für Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit sowie für die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption und die Verbesserung der Transparenz. Sie sagte, das Kosovo konzentriere sich auch darauf, die Gleichstellung der Geschlechter voranzutreiben und die Stärkung der Rolle der Frau in allen Lebensbereichen zu fördern.

Abstimmung über wegweisende Regeln für den Umgang mit künstlicher Intelligenz

Am 14.06.2023 nahm das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Brando Benifei (S&D/ITL) und MdEP Dragos Tudorache (RN/ROM) seine Verhandlungsposition zum Gesetz über künstliche Intelligenz (KI) mit einer Mehrheit von 499 - 28 - 93 an. Damit können nun die Gespräche mit den EU-Mitgliedstaaten über die endgültige Form des Gesetzes beginnen. Die Vorschriften sollen dafür sorgen, dass in der EU entwickelte und eingesetzte KI in vollem Umfang den Rechten und Werten der EU entspricht (siehe Beitrag unter „Digital“).

Untersuchung zu Pegasus-Spähsoftware: MdEP skizzieren notwendige Reformen

In einer am 15.06.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Sophie In 't Veld (RN/NDL) verabschiedeten Entschließung stellte das EP seine Vorschläge zur Bekämpfung des Missbrauchs von Spähsoftware in Europa vor. Ein Jahr lang untersuchten die Abgeordneten den Einsatz von Pegasus und ähnlicher Überwachungs- und Spähsoftware. Ihr Fazit: Der illegale Einsatz von Spähsoftware ist eine Gefahr für die Demokratie. Sie fordern nun, die missbräuchliche Verwendung derartiger Software mit glaubwürdigen Untersuchungen, Gesetzesänderungen und der besseren Durchsetzung bestehender Vorschriften zu bekämpfen. Die Entschließung wurde mit einer Mehrheit von 411 - 97 - 37 angenommen. Die MdEP fordern HUN und POL auf, den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nachzukommen und die Unabhängigkeit der Justiz und der Aufsichtsorgane wiederherzustellen. Die beiden Staaten sollen außerdem dafür sorgen, dass Spähsoftware nur mit einer entsprechenden unabhängigen gerichtlichen Genehmigung eingesetzt wird. Sie sollen Fälle von missbräuchlicher Verwendung glaubwürdig untersuchen und sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen haben. Die GRI Regierung fordern die MdEP auf, institutionelle und rechtliche Garantien wiederherzustellen und zu stärken. Außerdem müsse sie Ausfuhrlicenzen aufheben, die nicht den EU-Vorschriften zur Ausfuhrkontrolle entsprechen, und die Unabhängigkeit der GRI Behörde für Kommunikationssicherheit und Datenschutz achten. Das EP weist darauf hin, dass CYP als Drehscheibe für die Ausfuhr von Spähsoftware dient. CYP müsse ebenfalls alle Ausfuhrlicenzen aufheben, die nicht den EU-Vorschriften entsprechen. Die ESP Behörden wiederum sollen umfassende, faire und wirksame Untersuchungen durchführen – insbesondere im Zusammenhang mit den 47 Fällen, in denen unklar ist, wer den Einsatz der Spähsoftware genehmigt hatte. Auch sollen sie sicherstellen, dass Opfer von Spähangriffen Zugang zu angemessenen Rechtsbehelfen bekommen. Um dem illegalen Einsatz von Spähsoftware sofort ein Ende zu setzen, fordern die MdEP, derartige Software grundsätzlich nur in Mitgliedstaaten zu erlauben, in denen jeglicher Verdacht auf missbräuchliche Verwendung gründlich untersucht wird. Außerdem müssen die nationalen Gesetze den Empfehlungen der Venedig-Kommission und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU entsprechen und die Ausfuhrkontrollvorschriften müssen durchgesetzt werden. Auch seien EU-Regeln für den Einsatz von Spähsoftware bei der Strafverfolgung nötig. Ein solcher Einsatz sollte außerdem nur in Ausnahmefällen erlaubt sein, und zwar nur für einen im Vorhinein festgelegten Zweck und einen begrenzten Zeitraum. Außerdem sollen Daten, die unter das Anwaltsgeheimnis fallen, oder Daten von politischen Persönlichkeiten, Ärztinnen bzw. Ärzten oder Medien vor Überwachung geschützt sein. Die MdEP schlagen darüber hinaus eine Benachrichtigungspflicht vor: Zielpersonen sowie Dritte, auf deren Daten im Rahmen der Überwachung einer Zielperson zugegriffen wurde, sollen entsprechend darüber informiert werden. Nach dem Zugriff auf Daten sei außerdem

eine unabhängige Kontrolle nötig. Die Abgeordneten fordern ebenfalls eine gemeinsame rechtliche Definition des Begriffs „nationale Sicherheit“ als Grund für Überwachungsmaßnahmen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0244_DE.html

Prioritäten des EP für den EU-Gipfel vom 29. bis 30. Juni

Am 14.06.2023 erläuterten die MdEP ihre Erwartungen an den EU-Gipfel vom 29. bis 30.06.2023 angesichts der jüngsten Ereignisse in der Ukraine und der Fortschritte beim Abschluss des EU-Migrationspakts. Die MdEP verurteilten die Zerstörung des ukrainischen Nova-Kachowka-Staudamms als jüngstes Kriegsverbrechen Russlands, das Konsequenzen nach sich ziehen müsse. Sie forderten, dass die EU ihre starke Unterstützung für die Ukraine fortsetzt, neue Sanktionen gegen Russland verhängt und die eingefrorenen Milliardenvermögen russischer Oligarchen für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden. Zum Thema Migration und Asyl begrüßten einige MdEP die von den Mitgliedstaaten erzielte Einigung als einen Schritt nach vorn, der dazu beitragen werde, die Behandlung und Aufnahme von Flüchtlingen zu verbessern, die EU-Außengrenzen besser zu schützen und die EU in die Lage zu versetzen, den Menschenhandel wirksamer zu bekämpfen. Einige Redner betonten auch, dass die EU mehr tun müsse, um die Ursachen der Migration zu bekämpfen, und dass sie stärker mit Drittländern zusammenarbeiten müsse. Andere kritisierten die Debatte als vergiftet und angstgetrieben und merkten an, dass verstärkte Grenzen nicht zu weniger Flüchtlingen führen werden und dass die Einigung im Rat de facto das Recht auf Asyl in der EU abschafft. Weitere Themen, die von den MdEP angesprochen wurden, waren der grüne und digitale Wandel, das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur, die anstehende Revision des langfristigen EU-Haushalts und die Notwendigkeit, Europa zu reindustrialisieren. Vor den Beiträgen der MdEP ergriffen Kommissionsvizepräsident Šefčovič und die schwedische Ministerin für EU-Angelegenheiten Roswall das Wort für die Kommission bzw. den Rat.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-06-14-ITM-004_DE.html

Batterien nachhaltiger, langlebiger und leistungsfähiger machen

Am 14.06.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Achille Variati (S&D/ITL) neue Vorschriften für die Gestaltung, Herstellung und Abfallbewirtschaftung aller in der EU verkauften Batterietypen verabschiedet. Mit einer Mehrheit von 587 - 9 - 20 billigten die MdEP eine mit dem Rat erzielte Einigung zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Batterien und Altbatterien. Das neue Gesetz berücksichtigt technologische Entwicklungen und zukünftige Herausforderungen in diesem Sektor und wird den gesamten Lebensweg von Batterien abdecken, vom Design bis zum Ende der Lebensdauer (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Zusammensetzung des EP

Im Rahmen des Berichts von MdEP Loránt Vincze (EVP/ROM) und MdEP Sandro GOZI (RN/FRA) schlägt das EP vor, die Anzahl der Abgeordnetensitze vor der Europawahl im Juni 2024 um 11 auf insgesamt 716 zu erhöhen. Der am 15.06.2023 angenommene Bericht spiegelt die demografischen Veränderungen in der EU seit den Wahlen 2019 wider und fordert die folgende Verteilung der zusätzlichen Sitze:

ESP +2 [61]
NDL +2 [31]
AUT +1 [20]
DNK +1 [15]
FIN +1 [15]
SLK +1 [15]

IRL +1 [14]

SLO +1 [9]

LET +1 [9]

Die Zusammensetzung des EP wird vor jeder Wahl gemäß den in den Verträgen verankerten Grundsätzen überprüft. Demnach darf es maximal 750 Abgeordnete plus Präsident oder Präsidentin geben. Pro EU-Staat werden dabei nicht weniger als 6 und nicht mehr als 96 Sitze nach dem Grundsatz der "degressiven Proportionalität" und auf der Grundlage der jüngsten Bevölkerungszahlen vergeben. Der Europäische Rat muss nun einen einstimmigen Beschluss fassen, dem dann das EP ebenfalls noch zustimmen muss. Die MdEP betonen die Notwendigkeit eines raschen Vorgehens, um den Mitgliedstaaten die Zeit zu geben, die notwendigen Änderungen im nationalen Wahlrecht vor der Europawahl vom 6. -9. Juni 2024 vorzunehmen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0243_DE.html

Ernährungssicherheit und eine widerstandsfähige EU-Landwirtschaft

Die EU muss angesichts der COVID-19-Pandemie, des Krieges Russlands gegen die Ukraine und des Klimawandels ihre Lebensmittelsicherheit, Autonomie und Widerstandsfähigkeit des Agrarsektors stärken, forderte das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Marlene Mortler (EVP/DEU). In der Entschließung, die am 14.06.2023 mit einer Mehrheit von 447 - 142 - 31 angenommen wurde, heißt es, die EU müsse unabhängiger von Drittländern werden und die Versorgung mit kritischen Produktionsimporten wie Düngemitteln, Futtermitteln und Rohstoffen diversifizieren (siehe Beitrag unter „Landwirtschaft“).

Austausch elektronischer Beweismittel: E-Evidence-Gesetzespaket beschlossen

Das EP hat am 13.06.2023 mit großer Mehrheit die neuen Regeln zum Austausch elektronischer Beweismittel durch Strafverfolgungsbehörden (sog. E-Evidence-Gesetzespaket) formell angenommen (siehe Beitrag unter „Justiz“).

MdEP fordern faire Vergütung für Praktika

Am 14.06.2023 hat das EP mit einer Mehrheit von 404 - 78 - 130 einen Bericht angenommen, in dem die Kommission aufgefordert wird, eine Richtlinie über hochwertige Praktika vorzuschlagen und den bestehenden Qualitätsrahmen für Praktika zu aktualisieren. Nach Ansicht der MdEP sollte die neue Richtlinie Mindestqualitätsstandards festlegen, einschließlich Regeln für die Dauer von Praktika sowie für die Vergütung und den Zugang zum Sozialschutz in Übereinstimmung mit den nationalen Rechtsvorschriften und Praktiken. Praktika sollten angemessen vergütet werden und mindestens die Kosten für die grundlegenden Lebensbedürfnisse wie Nahrung, Wohnung und Transport abdecken, wobei die Lebenshaltungskosten in jedem Mitgliedstaat (MS) berücksichtigt werden sollten, so das EP. Die MdEP fordern die MS auf, Praktika für Menschen mit Behinderungen und für Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen zugänglicher zu machen und grenzüberschreitende Praktika zu fördern. Die MdEP fordern die Kommission außerdem auf, den bestehenden Qualitätsrahmen für Praktika zu überarbeiten und mehr Regeln einzuführen, die für die MS in diesem Rahmen verbindlich sind.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0239_DE.html

MdEP wollen einen europäischen Tag für die Opfer der globalen Klimakrise einführen

Das EP fordert die Einführung eines jährlichen EU-Tages für die Opfer der globalen Klimakrise, um der Menschenleben zu gedenken, die durch den Klimawandel verloren wurden. In der Entschließung, die am 15.06.2023 mit einer Mehrheit von 395 - 109 - 31 angenommen wurde, schlägt das EP vor, diesen Tag jährlich - erstmals am 15.07.2023 - zu begehen und fordert den Rat und die Kommission auf, die Initiative zu

unterstützen. Die MdEP halten es für angemessen, der Opfer der Klimakrise zu gedenken, und betonen, dass dies dazu beitragen würde, das Bewusstsein für die durch den Klimawandel verursachten Menschenleben und humanitären Krisen zu schärfen. Die MdEP weisen darauf hin, dass der Klimawandel zu unvorhersehbaren Wetterphänomenen wie häufigeren und intensiveren Hitzewellen, Waldbränden und Überschwemmungen, zu Bedrohungen der Lebensmittel- und Wassersicherheit sowie zum Auftreten und zur Ausbreitung von Infektionskrankheiten führt, die sowohl weltweit als auch in Europa einen immer höheren Tribut fordern.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0245_DE.html

Kalender des Europäischen Parlaments für 2024

Am 13.06.2023 haben die MdEP einen Vorschlag der Konferenz der Präsidenten (EP-Präsident Metsola und Fraktionsvorsitzende) für den Wahlkalender des Parlaments für das Jahr 2024 angenommen. Im nächsten Jahr wird das Parlament 14 Plenartagungen abhalten, davon elf viertägige Tagungen in Straßburg, zwei zweitägige Tagungen in Brüssel und eine eintägige Tagung zum Gedenken an den Holocaust-Gedenktag in Brüssel. Die Wahlen zum Europäischen Parlament werden zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 stattfinden. Die Termine sind wie folgt:

15. bis 18.01.2024

25.01.2024

05. bis 08.02.2024

26. bis 29.02.2024

11. bis 14.03.2024

10. und 11.04.2024

22. bis 25.04.2024

16. bis 19.07.2024

16. bis 19.09.2024

07. bis 10.10.2024

21. bis 24.10.2024

13. und 14.11.2024

25. bis 28.11.2024

16. bis 19.12.2024

https://www.europarl.europa.eu/sedcms/documents/PRIORITY_INFO/1051/Calendar%20of%20part-sessions_EN.pdf

Ausschuss der Regionen

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 07.06.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Für Hessen nahm Staatssekretär Uwe Becker teil. Dabei fand eine Abstimmung über folgenden Stellungnahmeentwurf statt: "Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung". Darüber hinaus fanden Meinungsaustausche bzw. Orientierungsdebatten zu folgenden Arbeitsdokumenten statt: „Paket zu kritischen Rohstoffen“, „Rechtsakt über eine klimaneutrale Wirtschaft“, „Jahresbericht über die Wettbewerbspolitik 2022“ sowie „EU-Rechtsakt zur Cybersolidarität und zur digitalen Resilienz“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192386&meetingSessionId=2241433>

EUROSTAT; Erzeugerpreise im April um 2,9% gesunken

Laut EUROSTAT vom 05.06.2023 sanken im April 2023 die Erzeugerpreise in der Industrie gegenüber dem Vormonat in der EU um 2,9% und im Euroraum um 3,2%. Die Preise sanken im März sowohl im Euroraum als auch in der EU um 1,3%. Im Vergleich mit den Werten des Vorjahres (April 2022) stiegen die Erzeugerpreise für die Industrie im April 2023 in der EU um 2,3% und im Euroraum um 1,0%. Betrachtet man DEU isoliert, so sind die Erzeugerpreise in der Industrie im April um 0,3% gegenüber dem Vormonat und um 4,8% gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/16863268/4-05062023-AP-DE.pdf/ac4282fb-0c13-fa64-3137-a008b27455fb>

Kommission; EP; Rat; Instrument gegen Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten

Im Trilogverfahren haben sich am 06.06.2023 Kommission, Rat und EP hinsichtlich eines neuen Instruments gegen Zwangsmaßnahmen politisch geeinigt, welches der EU ermöglichen soll, auf wirtschaftlichen Zwang aus Drittstaaten zu reagieren. Falls die ausländischen Zwangsmaßnahmen durch Dialog und Engagement nicht beendet werden können, sollen nach dem Instrument Gegenmaßnahmen wie die Einführung von Zöllen, Beschränkungen des Handels mit Dienstleistungen und Beschränkungen des Zugangs zu ausländischen Direktinvestitionen möglich sein.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3046

Kommission; Übergangspfad für eine digitale und grüne Transformation des Textilsektors

Die Kommission hat am 06.06.2023 ein Dokument zum Transformationsprozess der Textilbranche in Europa herausgegeben. Dieses wurde gemeinsam mit relevanten Akteuren der Branche ausgearbeitet. Es enthält konkrete Maßnahmen, welche die Textilbranche bei der grünen und digitalen Transformation unterstützen und die globale Wettbewerbsfähigkeit erhalten soll. Anhand von acht Bausteinen beschreibt der Übergangspfad rund 50 Maßnahmen, darunter die Förderung kreislauforientierter und nachhaltiger Praktiken, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle sowie die Unterstützung von KMU bei der Innovation, der Beschleunigung des dualen Übergangs und der internationalen Skalierung. Dazu gehören auch Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/6392f189-0416-11ee-87ec-01aa75ed71a1/language-en>

Rat; Notfallinstrument für den Binnenmarkt

Der Rat hat am 07.06.2023 seine Verhandlungsposition zur vorgeschlagenen Verordnung hinsichtlich eines Binnenmarkt-Notfallinstruments festgelegt. Das Instrument zielt darauf ab, Krisen im Binnenmarkt vorherzusehen und auf solche vorbereitet und angemessen reagieren zu können. Zu diesem Zweck sollen potentielle Krisen kontinuierlich überwacht werden. Wenn eine konkrete Bedrohung für den Binnenmarkt identifiziert ist, soll der sog. Notfallmodus aktiviert und eine Governance-Struktur geschaffen werden, die es den Mitgliedstaaten ermöglicht, ihre Entscheidungsfindung zu beschleunigen und zu koordinieren. Der Rat begrüßt zwar die allgemeinen Ziele der Verordnung, schlägt jedoch eine Reihe von Änderungen vor, die für mehr Klarheit, Durchführbarkeit und Rechtssicherheit des Vorschlags führen würden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/07/single-market-emergency-instrument-coun-cil-adopts-its-negotiating-position/>

EUROSTAT; BIP um 0,1% gestiegen

Aus einer Schätzung von EUROSTAT vom 08.06.2023 geht hervor, dass im Vergleich zum Vorquartal das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2023 im Euroraum um 0,1% gesunken und in der EU um 0,1% gestiegen ist. Im vierten Quartal 2022 war das BIP im Euroraum um 0,1% und in der EU um 0,2% gesunken. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres stieg das saisonbereinigte BIP im ersten Quartal 2023 sowohl im Euroraum als auch in der EU um 1,0%, nach +1,8% im Euroraum und +1,7% in der EU im Vorquartal. Basierend auf saisonbereinigten Zahlen lag das BIP-Volumen im Euroraum und in der EU 2,2% bzw. 2,9% über dem Niveau des vierten Quartals 2019, also der Zeit vor dem COVID-19-Ausbruch.
<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/16921720/2-08062023-AP-DE.pdf/e52c2a69-ed77-9bd7-7f40-170042c568cf>

Kommission, Joint Venture DekaBank, Landesbank BaWü und Standard Chartered

Die Kommission hat am 09.06.2023 die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens der DekaBank (DEU), der Landesbank Baden-Württemberg (DEU) und der Standard Chartered UK Holdings Limited (GBR) nach der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Die neu gegründete SWIAT GmbH mit Sitz in Frankfurt ist ein Softwareentwickler für Finanzmarktinfrasturktur. SWIAT plant, regulierten, Finanzmarktakteuren eine Plattform zu bieten, auf der jede Art von Assets auf der Blockchain emittiert, gehandelt und abgewickelt werden kann.
https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_11057

Kommission; Verhandlungsrichtlinien für das Abkommen über kritische Mineralien mit den USA angenommen

Die Kommission hat am 14.06.2023 ihre Verhandlungsrichtlinien für das EU-US Abkommen hinsichtlich kritischer Mineralien angenommen. Das geplante Abkommen soll die Lieferketten zwischen der EU und USA bei kritischen Rohstoffe stärken, die insbesondere für die Herstellung von Traktionsbatterien benötigt werden. Durch das Abkommen würde insbesondere sichergestellt werden, dass kritische Rohstoffe, die in der EU gewonnen oder verarbeitet werden, in Fahrzeugen verwendet werden könnten, die für die US-Steuervergünstigungen für saubere Fahrzeuge nach dem Inflation-Reduction-Act infrage kommen. Beide Parteien bekräftigten am 31.05.2023 beim EU-US-Handels- und Technologierat ihre Absicht, ein solches Abkommen auszuhandeln.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3214

Kommission; Google verstößt im Bereich der Online-Werbung gegen die Wettbewerbsregeln

Die Kommission hat am 14.06.2023 den Konzern von ihrer vorläufigen Auffassung in dem seit bereits 2021 laufenden Verfahren unterrichtet, dass Google den Wettbewerb im Bereich der Online-Werbetechnologien, auch als "Adtech" bekannt, in unzulässiger Weise verfälscht haben könnte. Insbesondere sei es durchaus möglich, dass Google seine marktbeherrschende Stellung dadurch missbraucht haben könnte, indem es seine eigenen Adtech-Dienste zum Nachteil konkurrierender Wettbewerber bevorzugte. Konkret geht es darum, dass der Konzern seinen eigenen Werbevermittler AdX an der Auktion zur Anzeigenauswahl beteiligt haben soll, die von seinem marktbeherrschenden Publisher Ad Server DFP durchgeführt wurde.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/speech_23_3288/SPEECH_23_3288_EN.pdf

Kommission; EP; Rat; Einigung über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme

Das EP und der Rat erzielten am 08.06.2023 eine vorläufige Einigung über die Überarbeitung der Richtlinie über die Einführung intelligenter Verkehrssysteme (EIV). Mit der überarbeiteten Richtlinie soll dem technischen Fortschritt und dem multimodalen Verkehrsangebot Rechnung getragen werden. Ziel ist es, den Verkehrssektor zu digitalisieren und sicherzustellen, dass Daten zwischen Mobilitätsanwendungen in größerem Umfang ausgetauscht werden, um die Mobilität sicherer, effizienter und nachhaltiger zu machen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/08/council-and-parliament-strike-a-deal-on-the-roll-out-of-intelligent-transport-systems/>

EuGH; Die Begrenzung der Anzahl von Lizenzen für die Dienstleistung der Personenkraftwagen mit Fahrer kann gegen Unionsrecht verstoßen

Der EuGH entschied am 08.06.2023 auf Vorlage eines spanischen Gerichtes, dass eine nationale Regelung, die die Lizenzen für Funkmietwagendienste (Mietwagen mit Fahrer wie z.B. Uber) auf ein Dreißigstel der Anzahl der Lizenzen, die für Taxidienste in diesem Raum vergeben werden, gegen die Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 49 AEUV verstößt. Der Gerichtshof führte aus, dass dieser Eingriff in die Niederlassungsfreiheit nicht gerechtfertigt sei. Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Taxidienste sei ein rein wirtschaftliches Motiv, welches keinen zwingenden Grund des Allgemeininteresses darstelle. Der Umweltschutz und eine funktionierende Verkehrsorganisation stellten zwar solche Ziele dar, die Beschränkung hinsichtlich der Anzahl sei jedoch nicht geeignet, diese Ziele zu erreichen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-50/21>

EuGH; Schlussanträge in der Rechtssache C 451/22 bzgl. des Zugangs zu Informationen für die Medien über Ereignisse in der Zivilluftfahrt

Der Generalanwalt Collins hat am 15.06.2023 in seinen Schlussanträgen die Auffassung vertreten, dass Informationen einer Regierung über die Sicherheit eines anderen Luftverkehrsraumes der Öffentlichkeit und den Medien nicht offengelegt werden dürfen. Hintergrund des Verfahrens stellt der Abschuss des Fluges MH 17 am 17.07.2014 über dem ukrainischen Luftraum dar. Zwei niederländische Medienunternehmen ersuchten die niederländische Regierung ihnen mitzuteilen, welche Informationen der Regierung schon vor dem Absturz über die Sicherheit des ukrainischen Luftverkehrsraumes bekannt gewesen seien. Der entsprechende niederländische Minister lehnte dies u.a. mit Verweis auf die Verordnung über die Meldung, Analyse und Weiterverfolgung von Ereignissen in der Zivilluftfahrt (FlugsicherheitsVO) ab. Das im Rechtsmittelverfahren betraute niederländische Gericht ersuchte den EuGH insbesondere um Auslegung von Art. 15 der FlugsicherheitsVO, der normiert, dass die Mitgliedsstaaten die Informationen, die sie nach der Verordnung erhalten (also solche wie die begehrten Informationen), angemessen vertraulich behandeln müssen. Nach Ansicht des Generalanwalts ergäbe sich aus dem Ziel der Verordnung und dem Wortlaut „angemessene Vertraulichkeit“, dass die Angaben zu Ereignissen nur den benannten Personen innerhalb der Organisationen, den benannten zuständigen Behörden, den für die Sicherheitsaufsicht in der Zivilluftfahrt innerhalb der Union zuständigen Stellen und den Sicherheitsuntersuchungsstellen zur Verfügung stehen sollten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274655&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=48345>

Energie

Konsultation zu Aktionsplan zur Einführung von Wärmepumpen

Die Kommission startete am 07.06.2023 eine bis 30.08.2023 laufende öffentliche Konsultation zu der für das vierte Quartal 2023 geplanten Mitteilung über einen Aktionsplan zur Beschleunigung der Einführung von Wärmepumpen in der gesamten EU. Für die Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Umsetzung der Ziele des Green Deals und REPowerEU sei der Einsatz effizienter Wärmepumpen in Industrie und lokalen Wärmenetzen von entscheidender Bedeutung. Der Aktionsplan umfasst eine Partnerschaft zwischen der Kommission sowie den EU-Mitgliedstaaten und der Branche, die Kommunikation mit allen Interessengruppen, Rechtsvorschriften (Ökodesign und Energieverbrauchskennzeichnung) und eine Finanzierung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13771-Warmepumpen-Aktionsplan-zur-Beschleunigung-der-Einfuehrung-in-der-gesamten-EU/public-consultation_de

EUROSTAT; Energieverbrauch privater Haushalte 2021 um 5,5% gestiegen

Laut EUROSTAT vom 13.06.2023 stieg im Vergleich zu 2020 der Energieverbrauch privater Haushalte im Jahr 2021 um 5,5%. Private Haushalte haben 27% des Endenergieverbrauchs in der EU ausgemacht. Ein Großteil dieses Energieverbrauchs wurde durch Erdgas (33,5%) und Strom (24,6%) gedeckt. Auf erneuerbare Energien entfielen 21,2%, auf Erdöl 9,5%, auf abgeleitete Wärme 8,6%. 2,5% wurde noch durch Kohle gedeckt.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/DDN-20230613-1>

Digital

Rat; Rat für Telekommunikation am 02.06.2023

Die für Telekommunikation (TK) zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten tagten am 02.06.2023 in LUX. Für DEU hat Dr. Volker Wissing, Bundesminister für Digitales und Verkehr, teilgenommen. Der Rat hat keine förmlichen Beschlüsse in Legislativverfahren gefasst. Zur Kenntnis genommen wurden Fortschrittsberichte des SWE-Ratsvorsitzes zur Gigabit-Infrastrukturverordnung (Gigabit Infrastructure Act – GIA), zum Rechtsakt für ein interoperables Europa und zum Cyberresilienzgesetz. Bei den Beratungen über die Gigabit-Infrastrukturverordnung hat der Vorsitz u.a. die gewählte Rechtsform als Verordnung, die Vorschläge zur Genehmigungsfiktion und Transparenzvorgaben als Aspekte, die weiterer Diskussionen im Rat bedürfen, identifiziert. Zum Gesetzesvorschlag für ein interoperables Europa hat der SWE-Vorsitz Änderungsvorschläge zum Anwendungsbereich und zur Interoperabilitätsprüfung vorgelegt. Auch hier werden die Beratungen im Rat fortgeführt und unter der kommenden ESP-Ratspräsidentschaft fortgesetzt werden. Der Ministerinnen und Minister führten außerdem einen Gedankenaustausch über die Zukunft des Konnektivitätssektors sowie über die Wettbewerbsfähigkeit nach 2030. Kommissar Thierry Breton stellte seine Initiative für einen „AI Pact“, der vor Inkrafttreten der neuen europäischen Verordnung für Künstliche Intelligenz (KI) zu einer freiwilligen Selbstverpflichtung der KI-Akteure führen soll, zur Diskussion. ESP hat sein Präsidentschaftsprogramm für das zweite Halbjahr 2023 vorgestellt. Die Trilogverhandlungen mit dem EP und der Kommission zur KI-Verordnung zählen zu den Prioritäten des kommenden Vorsitzes.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2023/06/02/>

Kommission; Konsultation zu den Berichten der „Gatekeeper“ nach dem DMA

Die Kommission hat am 06.06.2023 eine öffentliche Konsultation zur Umsetzung des Digital Markets Act (DMA), Verordnung (EU) 2022/1925, eingeleitet. Nach Art. 11 des DMA müssen die als Torwächter (sog. „Gatekeeper“) designierten Unternehmen innerhalb von sechs Monaten nach der Designation der Kommission einen Bericht vorlegen, in dem sie ausführlich und transparent beschreiben, welche Maßnahmen sie ergriffen haben, um die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem DMA sicherzustellen. Die Kommission hat nun eine Vorlage für diese Berichte entwickelt und bittet die interessierten Kreise bis zum 05.07.2023 um Rückmeldung zu dem Entwurf. Dabei geht es insbesondere um die Wahl der richtigen Indikatoren zur Überprüfung, sowie Inhalt und Format der Berichte.

https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/dma_compliance

EuGH; Anwendbarkeit des nationalen Rechts auf internationale Träger sozialer Medien

Generalanwalt Maciej Szpunar hat in seinen Schlussanträgen vom 08.06.2023 in der Rechtssache C-376/22 die Auffassung vertreten, dass gemäß der e-Commerce Richtlinie 2000/31/EG Online-Plattformen wie Google, Meta Platforms und TikTok zusätzliche Verpflichtungen in einem anderen Mitgliedstaat (MS) als dem ihres Sitzes nur in Bezug auf einen konkreten Einzelfall auferlegt werden dürfen. Das in der Richtlinie verankerte Herkunftslandprinzip lasse es nicht zu, den freien Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft aus anderen MS durch gesetzliche Maßnahmen generell-abstrakter Natur zu beschränken. Das Vorabentscheidungsverfahren betrifft die Vereinbarkeit des seit dem 01.01.2021 in AUT geltenden Kommunikationsplattformen-Gesetzes (KoPI-G) mit europäischem Recht. Das Gesetz verpflichtet Anbieter von Kommunikationsplattformen u.a. dazu, ein Melde- und Überprüfungsverfahren für rechtswidrige Inhalte einzurichten, regelmäßige Transparenzberichte über den Umgang mit Meldungen zu veröffentlichen sowie im Inland verantwortliche und erreichbare Personen zu bestellen. Google, Meta und TikTok vertreten die Auffassung, dass das Gesetz nicht für sie anwendbar ist, und haben Klage in AUT erhoben. Der Verwaltungsgerichtshof in AUT hat in dem Verfahren den EuGH um Vorabentscheidung zur Vereinbarkeit des KoPI-G mit EU-Recht vorgelegt.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-376/22>

EP; Abstimmung über die KI-Verordnung

Das EP-Plenum hat am 14.06.2023 den gemeinsamen Bericht der Ausschüsse für Binnenmarkt (IMCO) und für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) zur Verordnung für Künstliche Intelligenz (KI) mit großer Mehrheit angenommen (499:28:93). Der von den Berichterstattern mit anderen Fraktionen ausgehandelte Kompromiss hat gehalten, d.h. keine der für das Plenum gestellten neuen Änderungsanträge sind angenommen worden. Diskussionen gab es bis zuletzt über die Frage, wie weit das Verbot biometrischer Fernidentifizierung reichen soll. Letztlich wurde die sehr strenge Position, die die Ausschüsse am 11.05.2023 beschlossen hatten, bestätigt: Biometrische Erkennungssysteme (in Echtzeit und im Nachhinein) in öffentlich zugänglichen Räumen sind untersagt. Eine Ausnahme wird für biometrische Identifizierung im Nachhinein, soweit eine vorherige gerichtliche Anordnung vorliegt und es um die Verfolgung sehr schwerer Straftaten geht (Art. 5 Nr. 1 a), gemacht. In der Pressekonferenz nach der Abstimmung begrüßten die beiden Berichterstatter, MdEP Dragos Tudorache (RE/ROM) und MdEP Brando Benifei (S&D/ITA), das Ergebnis. Sie stellten in Aussicht, im Trilog mit der Kommission und dem Rat diskutieren zu wollen, ob die Geltung der Verordnung für bestimmte Aspekte,

insbesondere zu generativer KI, vorgezogen werden soll. Mit der „regulären“ Anwendbarkeit wird für 2026 gerechnet.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-06-14-TOC_EN.html

Forschung

Kommission; Förderaufrufe Digitales Europa; Cybersicherheit, KI

Die Kommission hat am 25.05.2023 gemeinsam mit dem Europäischen Kompetenzzentrum für Cybersicherheit den Beginn neuer Ausschreibungen zum Thema „Cybersicherheit“ bekanntgegeben. Diesen Förderaufrufen werden mit dem Arbeitsprogramm für Digitales Europa (DEP) 2023-2024 rund 71 Mio. EUR zur Verfügung gestellt. Damit soll der Steigerung der Cyber-Resilienz sowie der verstärkten Kooperation der Mitgliedstaaten auf dem Feld der Cybersicherheit Rechnung getragen werden. Bewerbungsschluss ist der 26.09.2023. Die Bereiche der Ausschreibungen betreffen: die Koordinierung zwischen dem zivilen und dem militärischen Bereich der Cybersicherheit, Normung im Bereich der Cybersicherheit sowie auch Unterstützung bei der Umsetzung der Gesetzgebung zur Cybersicherheit und der nationalen Cybersicherheitsstrategien. Einige Calls, die bereits veröffentlicht waren, sind bis zum 06.07.2023 verlängert worden, so etwa zum Thema Kapazitätsbildung bei Security Operation Centres (SOCs). Außerdem hat die Kommission eine Ausschreibung zum Thema „AI on demand“-Plattform bzw. Cloud im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI), ebenfalls unter dem Programm DEP, veröffentlicht. Ende des Bewerbungszeitraums ist hier der 29.08.2023.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-opens-calls-worth-eu107-million-strengthen-europes-cybersecurity>

Kommission; Jahresbericht über die Tätigkeiten der EU im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung 2022

Die Kommission hat dem Rat sowie dem EP am 31.05.2023 den Jahresbericht über die Tätigkeiten der EU im Bereich der Forschung und der technologischen Entwicklung und über die Überwachung von Horizont Europa und Horizont 2020 im Jahr 2022 vorgelegt. Darin werden die Forschungsaktivitäten der EU während des vergangenen Jahres aufgezeigt. Den Schwerpunkt bildeten dabei der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, der grüne und digitale Wandel, wirtschaftliche und industrielle Aspekte sowie Sicherheit. In Bezug auf Horizont Europa werden die vollständige Einführung der sog. EU-Missionen und die Veröffentlichung des Arbeitsprogramms 2023/24 vermerkt. Im Berichtszeitraum war laut Kommission eine Steigerung der Anzahl an Themen zur Förderung internationaler Zusammenarbeit zu verzeichnen. Ebenso war die Quote geförderter Projekte im Rahmen von Horizont Europa, verglichen mit dem Vorgänger-Programm Horizont 2020, von bislang rund 11,9% auf rund 15,9% gewachsen. Die Kommission räumt aber gleichzeitig ein, dass eine Budgetaufstockung in Höhe von 34,4 Mrd. EUR notwendig gewesen wäre, um alle in Betracht gekommenen Projektanträge zu fördern.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52023DC0277>

Horizont Europa; Partnerschaft Biodiversa+; Ausschreibungen

Das zuständige Konsortium der europäischen Forschungs- und Innovationspartnerschaft Biodiversa+ hat am 05.06.2023 eine neue Förderausschreibung angekündigt. Die Partnerschaft wird in der zweiten Säule des Rahmenprogramms Horizont Europa durchgeführt und widmet sich verschiedensten Fragestellungen zum Thema Biodiversität mit Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik. Im Fokus stehen

der Rückgang der Artenvielfalt und die Verschlechterung von Ökosystemen. Vorgesehen ist nun die Ausschreibung "Naturbasierte Lösungen für biologische Vielfalt, menschliches Wohlbefinden und transformativen Wandel - BiodvNBS". Vorschläge im Rahmen des Calls können zwischen 11.09.2023 und 01.11.2023 eingereicht werden. Inhaltlich soll der Call Projekte fördern, welche den Einfluss sowie das Potenzial naturbasierter Lösungen auf einzeln definierte Herausforderungen untersuchen. Zu letzteren zählen das menschliche Wohlbefinden, die Minderung von anthropogenen Ursachen für den Verlust der biologischen Vielfalt sowie eine gerecht gestaltete Transformation. Dabei umfasst die Förderausschreibung sämtliche Forschungsbereiche weltweit mit Fokus auf naturbasierten Lösungen.

<https://www.biodiversa.eu/2023/06/05/2023-2024-joint-call/>

Horizont Europa; Innovative Health; Ankündigung neuer Ausschreibungen

Am 07.06.2023 hat die „Innovative Health Initiative“ (IHI) neue Förderausschreibungen im Rahmen des neuen IHI-Calls angekündigt. Die IHI ist eine sowohl öffentlich als auch privat finanzierte europäische Partnerschaft im Gesundheitsbereich, die im Rahmen von Horizont Europa in der zweiten Säule durchgeführt wird. Der IHI Call 4 (zweistufige Ausschreibung) sieht sechs Themen vor; im Rahmen des IHI Calls 5 sind vier Themen vorgesehen. Zu den Themen gehören u.a. die Erweiterung des transnationalen Wissens in Tieren, die patientenzentrierte Blutprobenentnahme zur Ermöglichung dezentraler klinischer Studien, inklusive klinische Studien für einen gerechten Zugang zur klinischen Forschung in Europa sowie die Entwicklung neuer Ansätze zur Verbesserung klinischer Studien für seltene und sehr seltene Krankheiten. Aber auch Nachhaltigkeitsthemen werden im Fokus stehen: sicheres und nachhaltiges Design (SSbD) von Verpackungen und Einwegprodukten für Gesundheitsprodukte sowie die zirkuläre Entwicklung und Herstellung von Gesundheitsprodukten und deren quantitative Umweltverträglichkeitsprüfung. Antragstellende können sich mit den veröffentlichten Unterlagen ab sofort auf den Antragsprozess vorbereiten. Die finale Frist für die Einreichung wurde noch nicht festgelegt.

<https://www.ihf.europa.eu/apply-funding/future-opportunities>

Kommission; EU-Verteidigungsstrategie zum Thema Klimawandel

Am 08.06.2023 hat die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (Joint Research Centre, JRC) in Kooperation mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) einen Bericht veröffentlicht, welcher die Interdependenzen zwischen Klimawandel, Energie und Verteidigung aufzeigt sowie Vorschläge für eine nachhaltigere, resilientere und kosteneffizientere Umstrukturierung militärischer Kapazitäten präsentiert. Es wird an sämtliche EU-Entscheidungsträger appelliert, eine gemeinsame Verteidigungsstrategie zum Thema Klimawandel auszuarbeiten. Außerdem schlägt der Bericht vor, ein EU-Multi-Stakeholder-Forum für Verteidigung, Energie und Klima, um die Risikominderung und die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel zu stärken vor. Zudem soll die Energiewende im Verteidigungsbereich angegangen werden. Darüber hinaus soll die Einrichtung eines EU-geführten Kompetenzzentrums für Verteidigung, Energie und Klima in Erwägung gezogen werden. Das Zentrum soll die Verteidigungsministerien dabei unterstützen, Überschneidungen der einzelnen Themenfelder (Klimawandel, Energie und Verteidigung) zu bewältigen und dies schließlich in die Politik einfließen zu lassen.

<https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC130884>

Kommission; Synergien zwischen Horizont Europa und EFRE; RIMA

Die Kommission hat gemeinsam mit den für Forschung und Innovation und Kohäsionspolitik zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten (MS) das neue Netzwerk „RIMA“ im Rahmen des Europäischen Forschungsraums (EFR) etabliert. Den

gemeinsamen Vorsitz übernehmen die GD Forschung und Innovation, die GD REGIO sowie CZR auf Seiten der MS. Das übergeordnete Ziel des neu eingerichteten Netzwerks ist das Initiieren bzw. Intensivieren von Synergien, v.a. zwischen dem europäischen Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die neue Plattform soll dabei zur Verbesserung des Dialogs und der besseren Koordination zwischen Kommission und MS beitragen.

https://research-and-innovation.ec.europa.eu/news/all-research-and-innovation-news/rima-new-network-brings-together-key-ri-and-cohesion-policy-actors-2023-06-13_en

Kommission; Horizont Europa; Partnerschaft zu Wasserstoff; Konsultation

Das Konsortium der europäischen Partnerschaft Clean Hydrogen zum Thema Wasserstoffforschung und –innovation hat am 09.06.2023 eine Konsultation für die Forschungscommunity veröffentlicht. Dadurch sollen unabhängige Meinungen und Ratschläge in die Gestaltung der Strategischen Forschungs- und Innovationsagenda (SRIA) und der Arbeitsprogramme der Partnerschaft einfließen. Wie die anderen Partnerschaften, die von der Kommission mit der Industrie durchgeführt werden, wird Clean Hydrogen im Rahmen von Horizont Europa innerhalb der zweiten Säule des Forschungsrahmenprogramms abgewickelt und auch hieraus ko-finanziert. Die Ergebnisse werden anonym analysiert und sollen auf der von der Kommission geplanten „Hydrogen Week“ Ende 2023 präsentiert werden. Die Umfrage wird bis zum 21.07.2023 laufen.

https://www.clean-hydrogen.europa.eu/media/news/wider-scientific-community-consultation-survey-2023-06-09_en

S o z i a l e s

Kommission; Maßnahmenbündel zur Stärkung der Sozialwirtschaft vorgelegt

Die Kommission hat 13.06.2023 ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Sozialwirtschaft vorgelegt. Ziel ist es, den Sektor zu stärken, in dem soziale und ökologische Erwägungen Vorrang vor der Gewinnerzielung haben, wie die Kommission die Sozialwirtschaft auf europäischer Ebene definiert. Um dies zu erreichen, schlägt die Kommission vor, die regulatorischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln. In dem unterbreiteten Vorschlag für eine Ratsempfehlung wird hierfür die Erstellung nationaler Strategien vorgesehen, mit denen u.a. arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, der Zugang zu Fördergeldern, steuerliche Anreize und die Nutzung beihilferechtlicher Gestaltungsspielräume adressiert werden. Auf europäischer Ebene lancierte die Kommission am Tag der Vorstellung des Pakets auch eine Homepage, die als Gateway für die Sozialwirtschaft dienen soll. Mittels Informationen über EU-Fördermöglichkeiten und nationale Gegebenheiten sollen die Akteurinnen und Akteure der Sozialwirtschaft direkt unterstützt werden.

<https://social-economy-gateway.ec.europa.eu/>

Kommission; Mitteilung zur psychischen Gesundheit vorgelegt

Die Kommission hat am 07.06.2023 die Mitteilung über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit veröffentlicht. Wie in der Rede zur Lage der Union 2022 von Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, hat die Kommission nun eine Mitteilung zur psychischen Gesundheit vorgelegt. Ziel ist es, einen sektorenübergreifenden Ansatz zur Integration der psychischen Gesundheit in allen Politikfeldern der Union zu verfolgen. In diesem Kontext führt die Kommission an, dass bereits vor der Corona-Pandemie ein Sechstel der europäischen Bevölkerung von Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit betroffen war und ein Nicht-Handeln jährliche Kosten von 600 Mrd. EUR verursachen würde. Der nun vorgestellte EU-Ansatz verfolgt drei zentrale Leitprinzipien im Kontext der großen technologischen, ökologischen und gesellschaftlichen Veränderungen: i) den Zugang zu angemessener und wirksamer Prävention zu stärken, ii) den Zugang zu hochwertiger und bezahlbarer psychischer Gesundheitsversorgung und Behandlung voranzutreiben und iii) die Möglichkeit der Wiedereingliederung in die Gesellschaft nach der Genesung zu unterstützen. Um diese Leitprinzipien umzusetzen sieht die Kommission 20 Leuchtturminitiativen und 1,23 Mrd. EUR an Mitteln in unterschiedlichen EU-Förderinstrumente vor. Insbesondere aus den Programmen für Gesundheit (EU4Health), Forschung (Horizont 2020 und Horizont Europa) sowie Kultur (Kreatives Europa).

https://health.ec.europa.eu/publications/comprehensive-approach-mental-health_en#modal

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-49/22 zur Erstattung eines Repatriierungsflugs während der Covid-19-Pandemie

Am 08.06.2023 stellte der EuGH in seinem Urteil zur Rechtssache C-49/22 fest, dass Repatriierungsflug keine anderweitige Beförderung darstellt, die das ausführende Luftfahrtunternehmen den Fluggästen eines annullierten Fluges anbieten muss. Dies betrifft ein österreichisches Paar, welches im Kontext der Covid-19-Pandemie gezwungen war, statt des von Austrian Airlines annullierten Rückfluges einen vom österreichischen Außenministerium in Zusammenarbeit mit Austrian Airlines organisierten Repatriierungsflug für einen Unkostenbeitrag von jeweils 500€ anzutreten. Aufgrund der fehlenden Ersatzbeförderung erhoben die Betroffenen Klage auf Entschädigung gegen Austrian Airlines wegen Abweichung von der Verordnung 261/2004. In seinem Urteil entschied der EuGH, dass ein Repatriierungsflug, der von einem Mitgliedstaat im Zusammenhang mit einer konsularischen Unterstützungsmaßnahme im Anschluss an die Annullierung eines Fluges organisiert wird, keine „anderweitige Beförderung zum Endziel unter vergleichbaren Reisebedingungen“ im Sinne der Fluggastrechteverordnung darstellt. Der Gerichtshof wies allerdings darauf hin, dass der Fluggast sich für die Erstattung der Kosten auf die Verpflichtung zur vollständigen Erstattung der Flugscheinkosten für nicht zurückgelegte Reiseabschnitte sowie die Unterstützungsverpflichtung des Luftfahrtunternehmens berufen kann.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-06/cp230095de.pdf>

EuGH; Urteile in den Rechtssachen C-407/21 und C-540/21 zu von der Pauschalreiserichtlinie abweichenden Verordnungen während der Covid-19-Pandemie

Laut den vom EuGH am 08.06.2023 vorgelegten Urteilen in den Rechtssachen C-407/21 und C-540/21 ist es den Mitgliedstaaten unter Berufung auf die unvermeidbaren, außergewöhnlichen Umstände der Covid-19-Pandemie nicht

möglich, die Pauschalreiseveranstalter – auch vorübergehend – von der in der Pauschalreiserichtlinie vorgesehenen Verpflichtung zur vollen Erstattung zu befreien. Die Erstattung muss als Rückzahlung von Geld erfolgen und kann somit nicht durch Leistungen in anderer Form ersetzt werden. Die Rechtssache C-407/21 betrifft die französische Regierung, welche im Kontext der Covid-19-Pandemie eine von der Richtlinie 2015/2302 abweichende Rechtsverordnung erlassen hatte, um zu verhindern, dass den Reiseveranstaltern wegen der hohen Zahl an Erstattungsforderungen ein Liquiditätsausfall droht. Die Rechtssache C-540/21 bezieht sich auf SLK, welche ebenfalls durch eine Gesetzesänderung gegen ihre Verpflichtung aus der Richtlinie 2015/2302 verstoßen hatte.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-06/cp230094de.pdf>

Kommission; Neue Vorschriften zur Produktsicherheit in Kraft

Am 12.06.2023 ist die neue Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit in Kraft getreten. Hiermit werden die Sicherheitsgrundsätze der EU für Non-Food-Erzeugnisse auch für die Online-Märkte festgelegt. Zu den neuen Regelungen gehören z.B. die Festlegung spezifischer Produktsicherheitsanforderungen für Online-Marktplätze, die Ausstattung der nationalen Behörden mit den für ihre Durchsetzungsbefugnisse erforderlichen Instrumenten und die Gewährleistung wirksamer Produktrückrufe durch verbindliche direkte Kontaktierung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie standardisierte Rückrufmitteilungen. Zudem sind Interessenträger, Unternehmen und Forscherinnen und Forscher aufgerufen, sich bis zum 08.09.2023 für den EU-Preis für Produktsicherheit 2023 zu bewerben, welcher sich dieses Jahr auf Unternehmen fokussiert, die in die verbesserte Sicherheit junger Menschen investieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3190

U m w e l t

EP; Standpunkt zur Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien

Am 01.06.2023 hat das EP mit 600 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen einen Standpunkt bezüglich der von der Kommission am 30.03.2022 vorgeschlagenen Strategie für nachhaltige und kreislauffähige Textilien angenommen. Demnach sollen in der EU verkaufte Textilien nachhaltiger und leichter wiederverwendbar, reparierbar und recycelbar sein. Menschen-, Sozial- und Arbeitsrechte, die Umwelt und der Tierschutz sollen in der gesamten Lieferkette beachtet werden. Zudem fordert das EP, dass Konsumentinnen und Konsumenten mehr Informationen zur Verfügung gestellt werden, sowie ein Verbot der Vernichtung unverkaufter, zurückgegebener Textilien. In der EU-Abfallrahmenrichtlinie sollen laut Position des EP Vorgaben zu Recycling, Sammlung, Vermeidung, Wiederverwendung von Textilabfällen gemacht werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230524IPR91913/parliament-wants-to-make-eu-textiles-and-clothing-industry-greener>

Kommission; Bericht zu Demografie und Klimawandel

Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der Kommission hat am 05.06.2023 einen Bericht zu „Demografie und Klimawandel“ veröffentlicht. Demnach stellt Bevölkerungswachstum nach wie vor einen zentralen Faktor für die Emissionsentwicklung dar. Gleichzeitig besteht ein Ungleichgewicht zwischen Wachstumsraten der Bevölkerung und dem Niveau der Treibhausgasemissionen der einzelnen Länder, denn die größten Emittenten sind Regionen, in denen das Bevölkerungswachstum bereits gestoppt oder verlangsamt wurde. Umgekehrt findet

das stärkste Bevölkerungswachstum mittlerweile in den Regionen statt, die am wenigsten emittieren. Der Bericht betont die Notwendigkeit, Herausforderungen zu und Lösungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, z.B. ältere oder einkommensschwachen Menschen, zu identifizieren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3084

Kommission; Veröffentlichung des Übergangspfads für den Textilbereich

Am 06.06.2023 hat die Kommission einen Übergangspfad für den Textilbereich veröffentlicht, welcher zusammen mit Akteuren aus der Branche erstellt wurde. Dieser sieht rund 50 Maßnahmen vor, um die Industrie umweltfreundlicher und digitaler zu machen sowie ihre Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dazu gehören u.a. die Förderung nachhaltiger Geschäftsmodelle, die Unterstützung von KMU für mehr Innovation und eine bessere Marktüberwachung für den Textilbereich.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3103

Kommission; Vergabe des EU-Umweltpreises LIFE Award 2023

Das von der EU geförderte Projekt „EU LIFE Luchs“ hat am 06.06.2023 den EU-Umweltpreis LIFE Award 2023 in der Kategorie Naturschutz erhalten. Das Projekt hat zwischen 2015 und 2021 zwanzig Eurasische Luchse im Pfälzerwald angesiedelt. Die EU hat das Projekt mit rund 1,4 Mio. Euro gefördert. Das LIFE-Programm ist das Finanzierungsinstrument der EU für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Es läuft seit 1992 und hat bisher fast 6000 Projekte in der EU und in Drittländern kofinanziert. Die Gesamtmittel für das LIFE-Programm für den Zeitraum 2021-2027 belaufen sich auf 5,4 Mrd. EUR.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/luchs-projekt-aus-dem-pfalzerwald-gewinnt-eu-umweltpreis-life-award-2023-2023-06-07_de

Rat; Einigung auf Verhandlungsmandat zur Berichterstattung über Umweltdaten von Industrieanlagen

Der Rat hat sich am 07.06.2023 auf ein Verhandlungsmandat zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über die Berichterstattung über Umweltdaten von Industrieanlagen und zur Einrichtung eines Industrieemissionsportals geeinigt. Ziel des Vorschlags ist es, das Europäische Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister (E-PRTR) so zu ändern, dass ein umfassenderes und besser integriertes Portal für Industrieemissionen verfügbar ist. Das Null-Schadstoff-Ziel des Grünen Deals soll damit leichter erreicht werden können. Der Rat schlägt in seinem Verhandlungsmandat einige Änderungen vor. Dazu gehört u.a. die Einschränkung der Befugnis der Kommission, delegierte Rechtsakte zur Änderung des Umfangs der unter die Verordnung fallenden Tätigkeiten und Schadstoffe sowie der anwendbaren Schwellenwerte in Anhang I und II zu erlassen, sodass in einigen Fällen stattdessen eine Beschlussfassung durch den Rat und das EP erfolgen muss. Zudem sollen der Verwaltungsaufwand begrenzt und die Sanktionen so angepasst werden, dass sie flexibler an die unterschiedlichen Rechtssysteme der Mitgliedstaaten (MS) angepasst werden können. Schließlich schlägt der Rat eine Verschiebung des Inkrafttretens der Verordnung um zwei Jahre vor, sodass die MS mehr Zeit haben, sich auf die neuen Regelungen einzustellen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/07/european-green-deal-council-agrees-for-industrial-installations-to-provide-better-data-on-their-environmental-emissions/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=European+Green+Deal:+Council+agrees+for+industrial+installations+to+provide+better+data+on+their+environmental+emissions

Kommission; Bericht über Abfallziele

Ein am 08.06.2023 veröffentlichter Bericht zeigt, in welchen Mitgliedstaaten (MS) die im Rahmen der Abfallrahmenrichtlinie und der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle festgelegten Zielvorgaben für 2025 voraussichtlich nicht erreicht werden. Diese sehen u.a. einen Mindestprozentsatz von 55% für das Recycling und die Vorbereitung zur Wiederverwendung von Siedlungsabfällen sowie einen Mindestprozentsatz von 65% für das Recycling von Verpackungsabfällen vor. Neun MS, darunter DEU, sind laut Bericht auf einem guten Weg. 18 MS laufen allerdings Gefahr, eine oder beide Zielvorgaben für 2025 zu verfehlen. Diesen Ländern legt die Kommission länderspezifische Empfehlungen zur Umsetzung des Abfallrechts vor. Zudem stellt sie den MS Unterstützung bereit und hat Initiativen für eine stärker kreislauforientierte Wirtschaft vorgelegt. Während Siedlungsabfälle in der EU zunehmend recycelt werden (aktuell etwa 50%), nimmt die erzeugte Menge an Verpackungsabfällen stetig zu, wobei besonders viele MS das Ziel für das Recycling von Verpackungsabfällen aus Kunststoff verfehlen könnten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3105

Kommission; Konsultationen zu Ökodesign-Anforderungen von Kochgeräten

Am 08.06.2023 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zu Ökodesign-Anforderungen von Kochgeräten gestartet. Durch die geplante Verordnung sollen Ökodesign-Anforderungen an Kochgeräte, beispielsweise bezüglich ihrer Mindestenergieeffizienz und Reparierbarkeit, überprüft werden, um eine verbesserte Energieeffizienz der Geräte zu erreichen. Die Konsultation ist bis zum 31.08.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13688-Kochgerate-Okodesign-Anforderungen_de

Kommission; Konsultation zu Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung von Kochgeräten

Die Kommission hat am 08.06.2023 eine Konsultation zu Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung von Kochgeräten gestartet. Im Rahmen der geplanten delegierten Verordnung zur Energieverbrauchskennzeichnung ist eine Überprüfung der Anforderungen an die Energieverbrauchskennzeichnung von Kochgeräten vorgesehen, um Verbraucherinnen und Verbraucher über deren Energieeffizienz zu informieren. Die Konsultation ist bis zum 31.08.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13693-Kochgerate-Anforderungen-an-die-Energieverbrauchskennzeichnung_de

Kommission; Konsultation zum CO2-Management in der Industrie

Am 08.06.2023 hat die Kommission eine Sondierung zur Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO₂ begonnen. Dies sei eine Möglichkeit zur Dekarbonisierung schwer dekarbonisierbarer Sektoren, weshalb diesen Technologien eine wichtige Rolle für die Verwirklichung der CO₂-Neutralität in der EU bis 2050 zukomme. Es soll geprüft werden, welche Bedeutung diese Technologien jeweils bei der Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft bis 2030, 2040 und 2050 einnehmen können und welche Maßnahmen zur Optimierung ihres Potenzials notwendig sind. Die Konsultation ist bis zum 31.08.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13848-CO2-Management-in-der-Industrie-Umsetzung-der-CO2-Abscheidung-Nutzung-und-Speicherung_de

Kommission; Qualität von Badegewässern

Am 09.06.2023 wurde von der Kommission und der Europäischen Umweltagentur (EUA) ein neuer Jahresbericht über Badegewässer veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, dass 85,7% der Badegewässer in Europa im Jahr 2022 die Normen für eine „ausgezeichnete“ Wasserqualität erfüllten, in DEU waren es über 90%. Dabei gibt es Unterschiede zwischen Küstenbadeplätzen, die zu 88,9% als ausgezeichnet eingestuft wurden, und Binnenbadeplätzen, von denen 79,3% dieser Qualitätsstufe entsprachen. 95,9% aller Badegewässer in der EU haben die Mindeststandards für Wasserqualität erfüllt. Seit der Einführung der Badegewässerrichtlinie im Jahr 2006 hat sich die Wasserqualität der Badegewässer verbessert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3157

EP; Annahme einer Einigung zu Batterien und Altbatterien

Am 14.06.2023 hat das EP mit 587 Ja-Stimmen, neun Gegenstimmen und 20 Enthaltungen eine mit dem Rat erzielte Einigung zur Änderung der Verordnung zu Batterien und Altbatterien angenommen. Diese umfasst den gesamten Lebenszyklus von Batterien, von der Produktion bis zur Entsorgung. Zu den Maßnahmen gehören u.a. die Verpflichtung zur Erklärung und Kennzeichnung des CO₂-Fußabdrucks für Batterien von Elektrofahrzeugen, solchen für leichte Transportmittel und aufladbare Industriebatterien mit einer Kapazität von mehr als 2kWh. Zudem sollen Gerätebatterien so gestaltet werden, dass sie leicht herausnehmbar und ersetzbar sind. Durch die Einführung einer Sorgfaltspflicht für Wirtschaftsakteure (ausgenommen KMU) sollen soziale Rechte berücksichtigt werden. Schließlich sieht die Verordnung strengere Zielvorgaben für die Abfallsammlung, Mindestmengen an zurückgewonnenen Materialien aus Altbatterien und Mindestanteile an recycelten Inhalten aus Herstellungs- und Verbraucherabfällen zur Verwendung in neuen Batterien vor.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230609IPR96210/making-batteries-more-sustainable-more-durable-and-better-performing>

EP; Ausschuss für Umweltfragen kann Abstimmung zur Wiederherstellung der Natur nicht abschließen

Der Ausschuss für Umweltfragen des EP hat am 15.06.2023 über den Vorschlag für eine Verordnung zur Wiederherstellung der Natur abgestimmt und ist vorläufig zu keinem Endergebnis gekommen. Die Verordnung ist ein wichtiger Teil des Europäischen Green Deals sowie der EU-Biodiversitätsstrategie 2030 und legt verbindliche Ziele für die Wiederherstellung von Ökosystemen fest. Ein Antrag, das Gesetz abzulehnen und die Kommission aufzufordern, es zurückzuziehen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt (44:44). Anschließend wurden auch die meisten Kompromissanträge mit Stimmengleichheit abgelehnt, sodass die Abgeordneten über alle Änderungsanträge einzeln abstimmen mussten. Die Abstimmung musste schließlich beendet werden, bevor alle Anträge abgestimmt werden konnten. Die Abstimmung soll in der Sitzung des Umweltausschusses am 27.06.2023 fortgesetzt werden. Vorher hatten bereits der mitberatende Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der Fischereiausschuss den Vorschlag der Kommission abgelehnt.

<https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/umkaempftes-eu-renaturierungsgesetz-ueberlebt-abstimmung-im-parlament/>

Kommission; Genehmigung der „Nordhessischen Ahle Wurscht“ als neue geografische Angabe

Am 08.06.2023 hat die Kommission die Aufnahme der „Nordhessischen Ahle Wurscht/ Nordhessischen Ahle Worscht“ in das Register der geschützten geografischen Angaben (g.g.A.) genehmigt. Nordhessische Ahle Wurscht ist eine luftgetrocknete und ggf. geräucherte Trockenwurst aus reinem Schweinefleisch, die in der Region Nordhessen hergestellt wird. Gewürzt wird hauptsächlich mit Pfeffer und Muskatnuss, wobei lokal auch Kümmel, Senfkörner und Knoblauch hinzugefügt werden. Das hohe Ansehen, das das Produkt genießt, ist auf die lange Tradition und auf seinen besonderen Geschmack zurückzuführen. Diese neue geographische Angabe wird der Liste der 1.630 bereits geschützten landwirtschaftlichen Erzeugnisse hinzugefügt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3141

Kommission; Konsultation zur Anpassung der Erfassung von Daten zur landwirtschaftlichen Erzeugung

Am 06.06.2023 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung veröffentlicht, die bis zum 04.07.2023 für Rückmeldungen geöffnet ist. Die Initiative betrifft das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen, durch welches Daten zu landwirtschaftlichen Betrieben in der EU gesammelt werden. Diese Daten betreffen Einkommen, Geschäftstätigkeiten und Auswirkungen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU auf die jeweiligen Betriebe. Die Initiative sieht vor, die Liste der Regionen für die Erfassung von Daten zur landwirtschaftlichen Erzeugung anzupassen, sodass mehrere finnische Gebiete zu einem einzigen Gebiet zusammengefasst werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13806-Informationsnetz-landwirtschaftlicher-Buchführungen-Erfassung-von-Daten-zur-landwirtschaftlichen-Erzeugung_de

Rat; EP; Einigung zur Kennzeichnung biologischer Tiernahrung

Der Rat hat sich am 06.06.2023 mit dem EP auf eine Kennzeichnung ökologischer/biologischer Tiernahrung geeinigt. Heimtierfutter kann demnach dann mit dem EU-Logo für biologische Produktion gekennzeichnet werden, wenn 95% der landwirtschaftlichen Zutaten aus biologischem Anbau stammen. Eine 2022 in Kraft getretene Regelung sieht vor, dass 100% der landwirtschaftlichen Zutaten aus biologischem Anbau stammen müssen, was für viele Hersteller nicht realisierbar ist. Die neue Regelung soll diesen den Einstieg in den Bio-Markt erleichtern und somit zur Erreichung der EU-Ziele im Rahmen der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ beitragen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/06/organic-pet-food-council-and-parliament-agree-on-new-labelling-rules/>

Kommission; Annahme des WTO-Übereinkommens über Fischereisubventionen

Die EU hat am 08.06.2023 das Übereinkommen der Welthandelsorganisation (WTO) über Fischereisubventionen angenommen. Dieses soll für Nachhaltigkeit bei Fischereisubventionen sorgen sowie Ozeane und Fischbestände schützen. Wenn zwei Drittel der 164 WTO-Mitglieder ihre nationalen Ratifizierungsverfahren abgeschlossen haben, tritt das Übereinkommen in Kraft. Das Übereinkommen sieht ein Verbot von Subventionen für illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei, ein absolutes Verbot von Subventionen für die unregulierte Hochseefischerei sowie ein Verbot von Subventionen im Zusammenhang mit den am stärksten gefährdeten Beständen vor. Zudem enthält es Bestimmungen gegen die Umflagung von Fischereifahrzeugen in andere Hoheitsgebiete und Transparenz- und

Notifizierungsbestimmungen zur Überwachung zur Durchsetzung des Übereinkommens.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3108

Kommission; Konsultation zu selektiven Vorrichtungen für die Fischerei in der Ostsee

Am 09.06.2023 hat die Kommission eine Initiative für neue Durchführungsbestimmungen zu selektiven Vorrichtungen für die Fischerei in der Ostsee veröffentlicht. Darin werden technische Details neuer Fanggeräte für die Plattfischfischerei in der Ostsee festgelegt mit dem Ziel, Dorschbeifänge zu verringern. Der Entwurf ist bis zum 07.07.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13449-Selektive-Vorrichtungen-fur-die-Fischerei-in-der-Ostsee-neue-Durchfuhrungsbestimmungen-de>

Kommission; Konsultation zum Fischereiabkommen mit Guinea-Bissau

Am 13.06.2023 hat die Kommission eine Empfehlung für einen Beschluss zur Konsultation gestellt, der es der Kommission ermöglichen soll, ein neues Protokoll für die Fortsetzung des Fischereiabkommens mit Guinea-Bissau auszuhandeln. Im Rahmen des Abkommens können EU-Schiffe aktuell in guinea-bissauischen Gewässern Fischfang betreiben. Außerdem unterstützt die EU die nachhaltige Fischereipolitik des Landes. Da das derzeitige Durchführungsprotokoll, welches die Bedingungen hierfür festlegt, am 14.06.2023 ausläuft, soll die Kommission ein Mandat erhalten, um ein neues Protokoll auszuhandeln. Die Konsultation ist bis zum 11.07.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13735-Fischereiabkommen-EU-Guinea-Bissau-Verhandlungsmandat-fur-ein-neues-Protokoll-de>

EP; Beschluss zur Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU

Das EP hat am 14.06.2023 mit 447 Ja-Stimmen, 142 Gegenstimmen und 31 Enthaltungen einen Bericht zur Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der Landwirtschaft in der EU angenommen. In diesem stellen die Abgeordneten fest, dass die EU unabhängiger von Drittländern werden und die Versorgung mit kritischen Produktionsimporten diversifizieren muss. Sie fordern einen Plan zur Ernährungssicherheit auf Basis von Nahrungsmittelvorräten, eine Strategie für Eiweiß- und Futtermittel sowie finanzieller Unterstützung für europäische Erzeuger. Zur Steigerung der Erträge und zur Verringerung des Pestizideinsatzes sowie des Wasserverbrauchs soll der Zugang der Landwirtinnen und Landwirte zu digitalen Technologien und Präzisionsmethoden finanziert werden. Das EP fordert außerdem ein EU-Programm, um Bewässerungsanlagen zu modernisieren und neue Wassermanagement-Infrastrukturen zu fördern, Kampagnen und nationale Programme gegen Lebensmittelverschwendung sowie Investitionen in Infrastruktur für einen nachhaltigeren Transport und die Lagerung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Kommission sollte zudem bei der Umsetzung des Grünen Deals sicherstellen, dass landwirtschaftliches Unternehmertum und landwirtschaftliche Tätigkeit in der gesamten Union unter strategischen Gesichtspunkten der Ernährungssicherheit erhalten bleiben. Schließlich sollen in Handelsabkommen Kapitel zu Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Produkten integriert werden, um unfairen Wettbewerb mit Erzeugern aus Drittländern mit weniger strengen Rechtsvorschriften zu vermeiden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230609IPR96209/meps-demand-an-eu-food-security-plan-and-more-resources-for-farmers>

Kommission; Mitteilung zur nachhaltigen Fischerei

Laut einer Mitteilung der Kommission vom 14.06.2023 zur nachhaltigen Fischerei in der EU gibt es Fortschritte bei der Erholung der Fischbestände sowie eine geringere Überfischung. Allerdings seien weitere Anstrengungen erforderlich, um die Widerstandsfähigkeit der Fischerei und eine kontinuierliche Verbesserung des Zustands der Fischbestände zu gewährleisten. In der Mitteilung werden die Leitlinien für die Vorschläge der Kommission für die Fangmöglichkeiten für 2024 dargelegt und ein Konsultationsprozess mit interessierten Akteuren eingeleitet. Die Vorschläge zielen darauf ab, Bestände, die bereits ein nachhaltiges Niveau erreicht haben, auf diesem Niveau zu halten und die Erholung anderer Fischbestände zu unterstützen. Aus der Mitteilung geht hervor, dass die Fischbestände im Nordostatlantik im Allgemeinen innerhalb gesunder Bereiche liegen. Auch die Bestände in Mittelmeer und Schwarzem Meer werden langsam gesünder. Laut Bericht sorgen die wegen des Klimawandels sinkenden Fischbestände in Fischereigemeinden für Unsicherheiten. Auch die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei habe Auswirkungen auf den Zugang zu Ressourcen und soll weiter bekämpft werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_3283

Kommission; Konsultationen zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Die Kommission hat am 14.06.2023 eine Durchführungsverordnung sowie eine delegierte Verordnung zum Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zur Konsultation gestellt. Bei der Durchführungsverordnung geht es um Vorschriften für Handelsmechanismen, die nicht unter die Verordnungen über Zollkontingente oder Lizenzen für landwirtschaftliche Erzeugnisse fallen. Diese sind aktuell auf mehrere Verordnungen verteilt. Hierbei werden Umrechnungskurse, (zusätzliche) Einfuhrzölle und repräsentative Preise und Einfuhren abgedeckt. Der Vorschlag zur delegierten Verordnung betrifft ebenfalls Mechanismen, die nicht unter die Verordnungen über Zollkontingente oder Lizenzen für landwirtschaftliche Erzeugnisse fallen und enthält Vorschriften über Einfuhren, Einfuhrzölle und Mitteilungen. Beide Konsultationen sind bis zum 12.07.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13011-Handel-mit-landwirtschaftlichen-Erzeugnissen-Mechanismen-au%C3%9Ferhalb-der-Verordnungen-uber-Zollkontingente_de

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13505-Handel-mit-landwirtschaftlichen-Erzeugnissen-Mechanismen-die-nicht-unter-die-Verordnungen-uber-Zollkontingente-oder-Lizenzen-fur-landwirtschaftliche-Erzeugnisse-fallen_de

Kommission; Europäische Bürgerinitiative „Fur Free Europe“ ist erfolgreich

Am 14.06.2023 ist die Initiative „Fur Free Europe“ mit dem Erreichen der Schwelle von einer Million Unterstützungserklärungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten zur zehnten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative (EBI) geworden. Sie fordert ein EU-weites Verbot für die Haltung und Tötung von Tieren zum Zweck der Pelzgewinnung sowie für das Inverkehrbringen von Pelzen von Nutztieren und Produkten, die solche enthalten, auf dem EU-Markt. Die Kommission hat angekündigt, sich in den kommenden Wochen mit den Organisatoren zu treffen, um die Initiative im Detail zu besprechen. Außerdem soll eine öffentliche Anhörung im EP organisiert werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_23_3282

EuGH; Schlussanträge zu Fanggrenzen in der Gemeinsamen Fischereipolitik

Die Generalanwältin Čapeta ist in ihren Schlussanträgen vom 15.06.2023 der Ansicht, dass der Rat gemäß der Grundverordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) ab dem Jahr 2020 Fanggrenzen auf einem nachhaltigen Niveau festlegen muss. Die Rechtssache C-330/22 betrifft die Verordnung zur Festsetzung von Fangquoten für das Jahr 2020. Entgegen des Gutachtens des Internationalen Rats für Meeresforschung, welches empfohlen hatte, die Fangquoten für u.a. Kabeljau, Wittling und Scholle auf null festzusetzen, entschied der Rat, diese Quoten in seiner Verordnung auf einem Niveau über null festzusetzen, wenn diese Bestände bei Fangensätzen, die auf andere Bestände abzielen, als unvermeidbarer Beifang gefangen werden. Die Umweltschutzorganisation Friends of the Irish Environment erhob infolgedessen in IRL Klage gegen die entsprechenden nationalen Maßnahmen, weil diese gegen die GFP-Grundverordnung verstießen. Generalanwältin Tamara Čapeta bezieht sich in ihren Schlussanträgen auf die Bestimmung des Unionsgesetzgebers, laut welcher ab dem Jahr 2020 die kommerzielle Fischerei für alle Bestände in den Unionsgewässern auf einem nachhaltigen Niveau ausgeübt werden müsse. Der Rat habe mit seiner Verordnung für 2020 seinen Ermessensspielraum überschritten, indem er Quoten festlegte, die als nicht nachhaltig eingestuft worden waren. Čapeta schlägt daher vor, die Verordnung des Rates teilweise für ungültig zu erklären

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-06/cp230103de.pdf>

Justiz

EuGH; Polnische Justizreform von 2019 unionsrechtswidrig

Der EuGH hat am 05.06.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-204/21 verkündet. Darin stellt er fest, dass weitere Teile der polnischen Justizreform aus dem Jahr 2019 gegen EU-Recht verstoßen. Konkret führen die Richterinnen und Richter aus, dass es allein dem EuGH obliege, zu überprüfen, ob ein Mitgliedstaat Werte und Grundsätze wie Rechtsstaatlichkeit, effektiven Rechtsschutz und Unabhängigkeit der Justiz beachtet. In dem gegenständlichen Urteil bekräftigt der EuGH zudem seine bisherige Rechtssprechungslinie, wonach die beim Obersten Gericht in POL eingerichtete Disziplinarkammer die Anforderungen an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte nicht erfüllt. Die EuGH-Richter äußern ebenfalls ihre Besorgnis, dass die für ihre Amtskollegen in POL geltende Disziplinarordnung sowie die darin vorgesehenen Sanktionen ein Hindernis sein könnten, den EuGH im Wege eines Vorabentscheidungsersuchens anzurufen. Unionsrechtswidrig sei auch, dass mit der Justizreform die Zuständigkeit der Überprüfung der wesentlichen Anforderungen an das Erfordernis effektiven Rechtsschutzes an eine einzige nationale Instanz, nämlich die Kammer für außerordentliche Überprüfung und öffentliche Angelegenheiten des Obersten Gerichts, übertragen worden ist. Schließlich bemängelt der EuGH noch, dass die Verpflichtung von Richtern zur Abgabe und Veröffentlichung (im Internet) einer schriftlichen Erklärung mit Angaben zu etwaigen Mitgliedschaften in Vereinen, Stiftungen ohne Gewinnzweck oder politischen Parteien, einen unverhältnismäßigen Grundrechtseingriff darstelle. Mit der Entscheidung des EuGHs in dem gegenständlichen Verfahren endet die Wirkung der Zwangsgeldbeschlüsse gegen POL. Die Verpflichtung POL, die für die Vergangenheit geschuldeten Zwangsgelder zu zahlen, bleibt davon jedoch unberührt.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-204/21>

EuGH; Europäischer Haftbefehl aus ROM für Moldauer grds. in ITL vollstreckbar

Der EuGH hat am 06.06.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-700/21 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Ablehnung der Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls (EHB), damit die Strafe im Wohnsitzmitgliedstaat vollstreckt werden kann, auch für Drittstaatsangehörige gelten muss. Es sei zu prüfen, ob der Drittstaatsangehörige hinreichend im Vollstreckungsmitgliedstaat integriert sei und ob somit ein berechtigtes Interesse daran bestehe, dass die im Ausstellungsmitgliedstaat verhängte Strafe im Hoheitsgebiet des Vollstreckungsmitgliedstaats vollstreckt wird, so die Richterinnen und Richter. Im Ausgangsfall geht es um einen in ITL lebenden moldauischen Staatsangehörigen, für den in ROM ein EBH zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ausgestellt wurde. Da das italienische Recht anders als bei Unionsbürgern – auch bei bestehenden Bindungen zu ITL – keine Möglichkeit vorsieht, die Auslieferung Drittstaatsangehöriger zu verhindern, ersuchte das mit dem Fall befasste Berufungsgericht den EuGH um Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:62021CJ0700>

Rat; EuGH; Marko Ilešič für weitere Amtszeit als Richter ernannt

Die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben am 07.06.2023 Marko Ilešič (SLO) für eine weitere Amtszeit als Richter am EuGH ernannt. Die Ernennung betrifft ein Mandat, das am 06.10.2027 ausläuft. Sie erfolgt im Zuge der teilweisen Neubesetzung der Stellen am EuGH im Jahr 2021. Marko Ilešič ist seit 2004 Richter am Gerichtshof.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/07/court-of-justice-of-the-european-union-judge-reappointed/>

Kommission; EU-Justizbarometer 2023: Vertrauen in Unabhängigkeit der Justiz nimmt ab, Nachholbedarf bei Digitalisierung

Das Vertrauen in die Justiz ist der Kommission zufolge in einigen Mitgliedstaaten (MS) weiterhin problematisch. Die von der Öffentlichkeit wahrgenommene Unabhängigkeit von Gerichten und Richtern sei im vergangenen Jahr in zwölf MS gesunken oder gleichgeblieben. Dies geht aus dem am 08.06.2023 veröffentlichten EU-Justizbarometer hervor. Besonders gering sei das Vertrauen in der SLK, in POL und in KRO. Im Vergleich zum Vorjahr habe sich die Wahrnehmung der Unabhängigkeit aber auch in zwölf MS verbessert, seit 2016 in 15 MS. In DEU bewerteten 25% die Unabhängigkeit der Justiz als "sehr gut" (EU: 11%). Das sind jedoch deutlich weniger als 52%, die sich für "eher gut" entscheiden (EU: 42%). 5% bewerten die Unabhängigkeit als "sehr schlecht". Mit 35% liegt dieser Wert in KRO am höchsten. Das EU-Justizbarometer präsentiert als jährliche Übersicht vergleichende Daten über die Effizienz, Qualität und Unabhängigkeit der Justizsysteme in den MS. Aus dem diesjährigen Barometer geht auch hervor, dass die Digitalisierung der Justizsysteme in einigen MS verbesserungswürdig ist.

<https://commission.europa.eu/system/files/2023-06/Justice%20Scoreboard%202023.pdf>

Rat; EU-Justizminister treiben Gesetzgebungsvorhaben voran

Am 09.06.2023 kamen die Justizministerinnen und -minister der EU zusammen, um in der Ratsformation des JI-Rats einige Verhandlungspositionen (Allgemeine Ausrichtungen) zu Gesetzgebungsvorhaben festzulegen. Festgelegt wurden die Allgemeinen Ausrichtungen zu dem Vorschlag einer Richtlinie zur Bekämpfung strategischer Klagen gegen öffentliche Beteiligung („Anti-SLAPP-Richtlinie“), zum Vorschlag einer Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum

Schutz seiner Opfer, zum Richtlinienvorschlag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Vorschlag einer Richtlinie zur Definition von Straftatbeständen und Sanktionen bei Verstoß gegen restriktive Maßnahmen der Union sowie zum Richtlinienvorschlag über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten. Gemeinsam mit den Vertretern des Europäischen Polizeiamtes (Europol) und der Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) diskutierten die Ministerinnen und Minister auch über die Ermittlung und Verfolgung von Verstößen gegen die EU-Sanktionen. Am Nachmittag stellte die Europäische Generalstaatsanwältin Laura Kövesi den Bericht über die Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA) vor. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich zudem über die justiziellen Aspekte der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und über den Stand des Beitritts der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2023/06/08-09/>

EP; E-Evidence-Gesetzespaket beschlossen

Das Plenum des EP hat am 13.06.2023 mit großer Mehrheit die neuen Regeln zum Austausch elektronischer Beweismittel durch Strafverfolgungsbehörden (sog. E-Evidence-Gesetzespaket) formell angenommen. Das Gesetzespaket geht auf den Vorschlag der Kommission vom 17.04.2018 für eine Verordnung und eine Richtlinie mit Vorschriften für den Zugang zu elektronischen Beweismitteln in der EU zurück. Es besteht aus einer Verordnung über Beweisaneinanderordnungen (u.a. Europäische Herausgabeanordnung, Europäische Sicherungsanordnung) sowie einer zugehörigen Richtlinie über die Benennung gesetzlicher Vertreter von innerhalb der EU agierenden Diensteanbietern. Die Beweismittel umfassen Inhaltsdaten (Text, Sprache, Bilder, Video oder Ton), Verkehrsdaten (Zeitstempel, Protokoll- und Komprimierungsdetails sowie Informationen über die Empfänger) oder Teilnehmerdaten (Informationen zur Identifizierung eines Teilnehmers oder Kunden).

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/202306orl09IPR96203/elektronische-beweismittel-neue-regeln-fur-schnelle-eu-weite-strafermittlungen>

I n n e r e s

Rat; EP; Vorläufige Trilogeinigung zu EU-Regelungen zum Zugriff auf Finanzinformationen bei Geld aus Straftaten

Die SWE-Ratspräsidentschaft und das EP haben am 06.06.2023 in den Trilog-Verhandlungen eine vorläufige Einigung über einen Vorschlag für einen EU-Rechtsakt erzielt, mit dem der Zugriff der nationalen Behörden auf Finanzinformationen beschleunigt und vereinfacht werden soll. Dabei geht es um die Richtlinie in Bezug auf den Zugang zuständiger Behörden zu zentralen Bankkontenregistern über die zentrale Zugangsstelle. Den entsprechenden Legislativvorschlag hatte die Kommission am 20.07.2021 vorgelegt. Er steht u.a. im Zusammenhang mit einer ebenfalls am 20.07.2021 vorgeschlagenen Änderung der Geldwäscherichtlinie, zu der gegenwärtig die Trilogverhandlungen laufen. Der Zugriff auf Finanzinformationen sei ein wichtiges Instrument bei Finanzermittlungen und bei den Bemühungen, Erträge aus Straftaten aufzuspüren und einzuziehen, so der Rat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/06/criminal-money-council-and-european-parliament-reach-deal-on-access-to-financial-information/>

Kommission; Aktionsplan für Migrationsrouten über das westliche Mittelmeer und den Atlantik vorgelegt

Im Vorfeld des JI-Rats vom 08.06.2023 sowie des Treffens der Staats- und Regierungschefs am 28./29.06.2023 hat die Kommission einen EU-Aktionsplan für die Migrationsrouten im westlichen Mittelmeerraum und im Atlantik vorgelegt. Der Aktionsplan umfasst insgesamt 18 operative Maßnahmen. Ziel ist es, die Mitgliedstaaten (MS) dabei zu unterstützen, die Migrationssteuerung – v.a. durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten (sog. Partnerländern) – entlang dieser Route zu verbessern. Ferner will die Kommission gegen den zunehmenden Missbrauch gewerblicher Beförderung durch kriminelle Netze vorgehen, die irreguläre Migration in die EU erleichtern. Dafür unterstützt die Kommission die MS mit einem Paket strategischer Maßnahmen, das drei Säulen umfasst: gesetzgeberisch, operativ und diplomatisch. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Luftweg. https://home-affairs.ec.europa.eu/eu-action-plan-western-mediterranean-and-atlantic-routes_en

Rat; EU-Innenminister finden Asylkompromiss

Am 08.06.2023 fand der letzte formelle Innenrat unter schwedischer Ratspräsidentschaft in LUX statt. Mit qualifizierter Mehrheit bei Gegenstimmen von POL und HUN und Enthaltungen von BGR, MLT, SVK gelang es der Ratsformation, Allgemeine Ausrichtungen zur Asylverfahrensverordnung (AsylVerf-VO) und zur Verordnung über das Asyl- und Migrationsmanagement (AMM-VO) zu verabschieden. Umstritten war in diesem Zusammenhang v.a. das in der AsylVerf-VO vorgesehene beschleunigte Asylverfahren (sog. Grenzverfahren). Mit der AMM-VO soll erstmals ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus implementiert werden, der auch Ausgleichszahlungen bei der Weigerung, Migranten aufzunehmen, vorsieht. Darüber hinaus tagten die Schengen-Mitgliedstaaten gemeinsam mit den Schengen-assoziierten-Staaten erneut im Format des sog. Schengen-Rats. <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2023/06/08-09/>

Rat; EP; Einigung auf digitales Visum

Die Verhandlungsführer des Rates und das EP haben am 13.06.2023 eine vorläufige Einigung über die Vorschriften zur Digitalisierung des Visumverfahrens erzielt. Mit der Verordnung wird die Möglichkeit eingeführt, online ein Visum zu beantragen. Die derzeitige Visummarke wird durch ein digitales Visum ersetzt. Mit dem Vorschlag werden zwei Ziele verfolgt: das Visumantragsverfahren effizienter zu gestalten und die Sicherheit des Schengen-Raums zu verbessern. Die Einigung muss noch von den Mitgliedstaaten gebilligt werden, bevor das Annahmeverfahren im Rat und im EP eingeleitet werden kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/06/13/council-and-european-parliament-agree-on-rules-to-digitalise-the-visa-procedure/>

EuGH; Verlust der Unionsbürgerschaft aufgrund des Brexit rechtens

Der EuGH hat am 15.06.2023 in den Rechtsmittelsachen C 499/21 P Silver u.a. /, C-501/21 P Shindler u.a. /, und 502/21 P Price / Rat (Folgen des Brexit – Unionsbürgerschaft) die Klagen britischer Staatsangehöriger gegen den Verlust ihrer unionsbürgerlichen Rechte nach dem Brexit endgültig abgewiesen. Es fehle schon an einem notwendigen Rechtsschutzinteresse, so die Richterinnen und Richter. Sie weisen darauf hin, dass der Austrittsbeschluss allein auf dem Willen des betreffenden Mitgliedstaats unter Beachtung seiner verfassungsrechtlichen Vorschriften beruht und somit allein von dessen souveränen Entscheidung abhängt. Für die britischen Staatsbürger sei somit der Verlust des Unionsbürgerstatus und infolgedessen der Verlust der damit verbundenen Rechte eine automatische Folge allein des von GBR

souverän gefassten Beschlusses, aus der Union auszutreten, und nicht des Austrittsabkommens oder des Beschlusses des Rates. Mangels Rechtsschutzinteresse habe das EuG ihre Klagen daher zu Recht als unzulässig abgewiesen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-499/21>

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-501/21>

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-502/21>

EuGH; Generalanwalt: Gesamtschuldnerische Haftung von Europol und Mitgliedstaat bei widerrechtlicher Datenverarbeitung möglich

Der Generalanwalt am EuGH Athanasios Rantos hat am 15.06.2023 seine Schlussanträge in der Rechtsmittelsache C-755/21 P | Kočner / Europol (Schadensersatz bei Verstoß gegen Datenschutzregelungen) verlesen. Er vertritt darin die Auffassung, dass das Unionsrecht ein System der gesamtschuldnerischen Haftung des Europäischen Polizeiamtes (Europol) und dem betreffenden Mitgliedstaat (MS) für infolge einer unrechtmäßigen Datenverarbeitung erlittene Schäden einführe, die aus einer Maßnahme Europols oder dieses MS resultierten. Nach der Europol-Verordnung habe jede Person, der wegen einer widerrechtlichen Datenverarbeitung ein Schaden entstehe, das Recht, entweder von Europol oder von dem MS, in dem der Schadensfall eingetreten sei, nach den nationalen Rechtsvorschriften des betreffenden MS Schadensersatz zu fordern. In den (nicht verbindlichen) Begründungserwägungen dieser Verordnung werde klargestellt, dass es für eine betroffene Einzelperson unklar sein könne, ob der infolge einer unrechtmäßigen Datenverarbeitung erlittene Schaden aus einer Maßnahme Europols oder aber eines MS resultiere, und dass daher Europol und der MS, in dem die Maßnahme, die den Schaden ausgelöst habe, erfolgt sei, gesamtschuldnerisch für den Schaden haften sollen.

<https://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-755/21%20P>

EuGH; Generalanwalt: Vorratsdatenspeicherung personenbezogener Daten von verurteilten Straftätern auf Lebenszeit verstößt gegen EU-Recht

Der Generalanwalt am EuGH Priit Pikamäe hat 15.06.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-118/22 NG / Direktor na Glavna direktsia „Natsionalna politisia“ pri MVR – Sofia (Löschung einer polizeilichen Registrierung nach verbüßter Strafe) verlesen. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass EU-Recht nationalen Rechtsvorschriften entgegensteht, die eine undifferenzierte Vorratsspeicherung personenbezogener Daten, einschließlich biometrischer und genetischer Daten, aller verurteilten Straftäter in einer Polizeidatei bis zum Tod dieser Personen vorsehen. Es sei auch unionsrechtswidrig, dass nicht die Möglichkeit besteht, die fortdauernde Speicherung der in der Polizeidatei enthaltenen Daten im Hinblick auf die seit ihrer Erfassung verstrichene Zeit zu kontrollieren und ggf. anschließend die Löschung dieser Daten zu erwirken.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62022CC0118>

EuGH; Generalanwalt: Nachträgliche religiöse Konversion führt nicht per se zur Unzulässigkeit eines Folgeantrags auf Asyl

Der Generalanwalt am EuGH Jean Richard de la Tour hat am 15.06.2023 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-222/22 Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (Nachträgliche religiöse Bekehrung) verlesen. Darin kommt er zu der Auffassung, dass eine religiöse Konversion nach einem erfolglosen Asylantrag nicht per se zur Ablehnung eines Folgeantrags führen dürfe. Vielmehr dürften nationale Asylbehörden Folgeanträge nur dann ablehnen, wenn die Antragsteller den Fluchtgrund „vorsätzlich durch unredliche Aktivitäten, Handlungen oder Verhaltensweisen“ allein deshalb herbeigeführt haben, um die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, als

Flüchtling anerkannt zu werden. Mithin verstoße die gegenständliche österreichische Regelung, wonach ein Drittstaatsangehöriger, der einen Folgeantrag stellt, in der Regel nicht als Flüchtling anerkannt wird, wenn die Verfolgungsgefahr auf Umständen beruht, die er nach Verlassen seines Herkunftslandes selbst geschaffen hat, es sei denn, es handelt sich um in diesem Mitgliedstaat erlaubte Aktivitäten, die nachweislich Ausdruck und Fortsetzung einer bereits im Herkunftsland bestehenden Überzeugung sind, gegen EU-Recht, so der Generalanwalt.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62022CC0222>

EuGH; Generalanwältin: Betroffene müssen über Rechtsbehelf ggü. Aufsichtsbehörde verfügen, wenn sie mittelbar über sie Rechte geltend machen

Die Generalanwältin am EuGH Laila Medina hat am 15.06.2023 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-333/22 Ligue des droits humains (Überprüfung der Verarbeitung von Daten durch das Kontrollorgan) verlesen. Darin vertritt sie die Auffassung, dass nach der Richtlinie zum Datenschutz bei der Strafverfolgung der unmittelbare Zugang zu personenbezogenen Daten im Besitz von Behörden der Grundsatz und der mittelbare Zugang die Ausnahme sei. Die mittelbare Ausübung von Rechten über eine Aufsichtsbehörde sei eine zusätzliche Garantie und ein Schutz für die betroffene Person in dem Fall, dass Einschränkungen des Zugangsrechts gälten. Übe die betroffene Person ihre Rechte mittelbar über eine Aufsichtsbehörde aus, müsse sie gegen diese Behörde im Zusammenhang mit deren Aufgabe, die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung zu überprüfen, über einen gerichtlichen Rechtsbehelf verfügen. Das Maß an Informationen, die die Aufsichtsbehörde der betroffenen Person nach erfolgter Prüfung offenlege, könne nicht immer auf den Mindestinhalt beschränkt werden, dass alle erforderlichen Prüfungen vorgenommen worden seien, sondern könne je nach den Umständen des Falles unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit verschieden sein.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62022CC0333>

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; EU-Kodex gegen Desinformation soll generative KI berücksichtigen

Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová, zuständig für Werte und Transparenz, hat am 05.06.2023 eine weitere Stärkung des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformation gefordert. Neben den bereits bekannten und zuvor geäußerten Forderungen nach einer Aufstockung der Ressourcen bei der Faktenprüfung, insbesondere auch in kleineren Mitgliedstaaten und in weniger verbreiteten EU-Amtssprachen, sowie einem besseren Zugang zu Daten für Forschende, forderte Vizepräsidentin Jourová eine Erweiterung des Kodex hinsichtlich generativer Künstlicher Intelligenz (KI). Neue KI-Anwendungen wie ChatGPT stellten den Kampf gegen Desinformationen vor neue Herausforderungen. Deshalb seien die Unterzeichner des Kodex aufgefordert, erstens Sicherheitsvorkehrungen gegen die Nutzung generativer KI zur Erzeugung von Desinformationen zu ergreifen, und zweitens durch diese KI erzeugte Inhalte durch ein Label erkennbar zu machen, so die Kommissarin. Aktuell habe der Kodex 44 Unterzeichner, darunter Microsoft, TikTok und Google. In den letzten Monaten sind 12 neue Unterzeichner hinzugekommen. Für Aufmerksamkeit gesorgt hat in jüngster Zeit allerdings Twitter; das US-Unternehmen hat seine Verpflichtung auf den Kodex zurückgenommen. Die Kommission hatte dies kritisiert und sich enttäuscht gezeigt. Im Juli 2023 müssen die Unterzeichner des Kodex wieder Berichte über ihre in den

vergangenen zwölf Monaten ergriffenen Maßnahmen gegen Desinformationen vorlegen.

<https://audiovisual.ec.europa.eu/en/video/I-242201>

V e r a n s t a l t u n g e n

Erinnerung an die historische Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche

Auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich fand am 05.06.2023 in der Hessischen Landesvertretung unter dem Titel „Verfassung, Demokratie und Freiheit in Deutschland und Europa - Herausforderung seit 175 Jahren“ eine Gedenkveranstaltung 175 Jahre nach der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche statt. Prof. Dr. Andreas Fahrmeir von der Johann Wolfgang-Goethe-Universität gab einen Rückblick auf die europäische Dimension der Revolution von 1848. Der Historiker erläuterte und analysierte in seinem Vortrag die Zusammenhänge und Hintergründe der europäischen Revolutionsprozesse in den Jahren um 1848. Dabei unterstrich er, dass diese Revolutionen ganz Europa betrafen. Den Umstand, dass die Ziele der jeweiligen Revolutionäre - Demokratisierung, Liberalisierung und Konstitutionalisierung - nicht ausreichten, um einen europäischen Frieden zu begründen, führte Prof. Fahrmeir vor allem auf die Tatsache zurück, dass nationale Kräfte eine gewisse Leidenschaft dafür entwickelten, historische Argumente für die angestrebten Grenzziehungen zugrunde zu legen. Als Zwischenfazit sah Prof. Fahrmeir die Ergebnisse der 1848er-Revolutionen so, dass viele Themen von damals heute für uns keine Relevanz mehr besitzen. Jedoch seien auch andere Probleme heute nach wie vor aktuell, nämlich das Verhältnis zwischen Verfassungsentwürfen und Verfassungsrealitäten, das Verhältnis direkter und repräsentativer Elemente in liberalen Demokratien, der Umgang mit kulturellem Pluralismus und Homogenitätserwartungen und - wie wir am Ukraine-Krieg sehen - das Verhältnis von Staatsgrenzen und Expansionsansprüchen. Im anschließenden Gespräch mit Dr. Thomas Gutschker von der Frankfurter Allgemeine Zeitung in Brüssel kristallisierte sich u.a. heraus, dass es zwar gewisse Zusammenhänge und auch eine begrenzte Kausalität zwischen den verschiedenen 1848er-Revolutionen in Europa gab, jedoch nicht so nachhaltig, wie wir das aus heutiger Sicht annehmen könnten. Die Frage von Dr. Gutschker, ob man die Ergebnisse der damaligen Revolutionsansätze als Niederlage betrachten müsse, verneinte Prof. Fahrmeir. Zwar hätten sich die Ziele und Gedanken der damaligen Revolutionäre nicht unmittelbar umsetzen lassen, jedoch habe die 1848-Bewegung viele heutige Institutionen vorgebildet. Insgesamt sahen die beiden Diskutanten in der Entwicklung um 1848 einen ganz wichtigen Schritt auf dem Weg zur heutigen demokratischen Gesellschaft unseres Landes und Europas.

Wiederaufbau der Ukraine: Investitionsmöglichkeiten anhand der „Ukraine Investment Map“

Am 05.06.2023 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel eine Veranstaltung zum Thema Wiederaufbau der Ukraine: Investitionsmöglichkeiten anhand der „Ukraine Investment Map“, statt. Staatsministerin Lucia Puttrich erläuterte in ihrem Grußwort der Wiederaufbau der Ukraine müsse gleichzeitig den Beitritt in die EU ermöglichen. Man müsse daher nicht nur an die Zeit des Krieges, sondern auch an die Zeit danach denken und identifizieren, wo Investitionen wichtig, aber auch finanzierbar seien. Der ukrainische EU-Botschafter, S.E. Vsevolod Chentsov sprach hierbei von der Notwendigkeit, die Ukraine für neue Geschäftsmöglichkeiten zu öffnen und den Wiederaufbau bereits jetzt zu beginnen. Die Vizepräsidentin des EP, MdEP

Nicola Beer (Renew/DEU), erläuterte die Unterstützung der EU für die Ukraine. Dabei verwies sie unter anderem auch auf die 10 verabschiedeten Sanktionspakete gegen Russland, weiterhin ging sie auf die Beitrittsperspektive der Ukraine in die EU ein. Durch weitere Unterstützung der EU solle die Ukraine wiederaufgebaut werden und ihren unwiderlegbaren Platz in der EU einnehmen. Anna Derevyanko, Exekutivdirektorin der European Business Association (EBA) stellte die „Ukraine Investment Map“ vor. Dabei verwies sie auf das enorme Investmentpotential des Landes mit 117 angehenden Projekten im Wert von 4 Mrd. EUR in 14 verschiedenen Industriezweigen. Sie leitete über zu Herrn Sergiy Tsivkach, Exekutivdirektor von UkraineInvest. Dieser präsentierte weitere Informationen über die „Ukraine Investment Map“. Dabei sprach er besonders die Anreize für ausländische Investoren an, gab aber auch eine genauere Beschreibung der größten Sektoren für Investitionen, wie Agrarverarbeitung, und Logistik. UkraineInvest würde für Investoren kostenlose Hilfeleistungen anbieten und ein neuer Gesetzesentwurf solle weitere Investitionen gegen Krieg und politische Risiken versichern. Im moderierten Dialog stellte MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) klar, dass die EU bereits vor der russischen Invasion die Ukraine unterstützt und sie als Kandidaten für einen Beitritt in die EU eingestuft habe. In Bezug auf den Wiederaufbau müsse dieser nun Hand in Hand mit dem Kandidatenstatus gehen. Dabei solle auf lokale Expertise eingegangen, aber auch gleichzeitig nachhaltig vorgegangen werden. Außerdem habe die Ukraine schon große Fortschritte beim Kampf gegen die Korruption und der Reform des Rechtsstaates gemacht. Vira Savchenko, Vorstandsmitglied des Ukraine Recovery Committee, stimmte diesem in Bezug auf den Wiederaufbau und den EU-Beitritt zu. Mit Blick auf den Ukraine Investment Plan argumentierte sie auch, dass alle Lücken gefüllt werden müssten, um keine Region auszulassen. Weiterhin deutete sie an, dass es bereits ein Weißbuch gebe, in dem alle notwendigen Schritte für Unternehmen aufgeführt seien, um jegliche Investitionen mit EU Richtlinien übereinzustimmen. Sie versicherte auch, dass der Wiederaufbau im Gleichtakt mit dem Beitrittsprozess gehen müsse, die nachhaltigen Ziele aber dank des Krieges nur langsam erreicht werden könnten. Letztendlich erläuterte Tomas Fiala, CEO von Dragon Capital, Fakten über die ukrainische Wirtschaft und ihren Handel mit der EU. Dabei verwies er auf die unvorhersehbare Stärke, die diese auch seit Beginn des Krieges gezeigt habe. In Zukunft müsse der Ukraine aber ein offener Zugang zum europäischen Markt ermöglicht werden, um nicht von Krediten abhängig zu sein. Hinsichtlich ausländischer Investitionen sei jetzt gerade der beste Moment seit Beginn des Krieges, da seit April die ökonomische Leistung des Landes wieder steige.

Nordhessischer Wirtschaftsgipfel am 05./06.06.2023 in Brüssel

Vom 05./06.06.2023 war unter Leitung des ehemaligen Chefredakteurs des EXTRA TIP, Rainer Hahne, eine hochrangige nordhessische Wirtschaftsdelegation in Brüssel. U.a. nahm auch der ehemalige Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister und jetzige Regierungspräsident in Kassel an der Delegationsreise teil. Während ihres zweitägigen Aufenthalts führte die Delegation zunächst ein Gespräch zu aktuellen Wirtschaft- und Verkehrsthemen mit dem Abteilungsleiter Wirtschaft der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Dr. Norbert Schultes. Zudem gab es ein Gespräch mit Admiral Jens Beckmann, Leiter des Arbeitsbereichs Militärpolitik in der Ständigen Vertretung zur aktuellen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Es folgten eine Vielzahl von Gesprächen mit Vertretern aus verschiedenen Generaldirektionen der Kommission zu aktuellen Wirtschaftsthemen, wie u.a. zur Regionalpolitik 2021 bis 2027 und den Herausforderungen für die künftige Regionalpolitik ab 2028, zur EU-Gebäudeeffizienzrichtlinie, zu den EU-Digitalthemen sowie auch zum neuen Paket der Kommission zum Bankenrisikomanagement und zur Einlagensicherung. Die Delegation nahm zudem an der Mittagsveranstaltung zum

Wiederaufbau der Ukraine am 05.06.2023 als auch an der Abendveranstaltung am 05.06.2023 zu „175 Jahre Paulskirche“ teil. Am 06.06.2023 fand zum Abschluss der Delegationsreise auf Einladung der Hessischen Bundes- und Europaministerin Lucia Puttrich ein Mittagessen im EP statt, bei dem mit der Vizepräsidentin des EP, MdEP Nicola Beer (RN/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU), MdEP Martin Häusling (GRÜNE/DEU), MdEP Michael Gahler (EVP/DEU) und MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) über aktuelle hessische EU-Wirtschaftsthemen, aber auch die Auswirkungen des Krieges Russlands gegen die Ukraine gesprochen wurde.

Veranstaltung zum EU-Pharma-Paket: Kann die EU ihre Ambitionen verwirklichen?

Am 06.06.2023 fand in der Hessischen Landesvertretung eine in Kooperation mit dem Unternehmen Merck KGaA ausgerichtete Veranstaltung zum EU-Pharma-Paket statt. Unter dem Titel „Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie in der Pharma-Industrie: Kann die EU ihre Ambitionen verwirklichen?“ diskutierten Teresa Rodó, Executive Vice President, Head of Global Healthcare Operations, Merck KGaA, Sabine Kossebau, Referatsleiterin des Bundesgesundheitsministeriums in der Ständigen Vertretung, und Hervé de Kergrohen, Venture Partner, Alpha Blue Ocean and President. Moderiert wurde das Panel von Hendrik Kafsack, Frankfurter Allgemeine Zeitung in Brüssel. Frau Rodó warnte davor, dass der Standort Europa aktuell ins Hintertreffen gegenüber Asien und den USA geraten könnte. Herr de Kergrohen hob hervor, dass zur Sicherung des Standorts neben klaren und verständlichen Regularien auch die Kooperation von kleinen Start-Ups mit großen Unternehmen sehr wichtig sei. Frau Kossebau führte zunächst aus, dass das Paket grundsätzlich zu begrüßen sei. Zugleich müsse es aufgrund des Umfangs und der noch nicht vorliegenden sprachjuristischen Übersetzung noch einer intensiven Prüfung unterzogen werden, die vermutlich andauernde Verhandlungen im Rat nach sich ziehen wird. Einig waren sich alle Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass der gemeinsame Austausch zentral für eine erfolgreiche Ausgestaltung des Paketes sei.

30 Jahre Binnenmarkt

Am Mittwoch, den 07.06.2023, fand anlässlich des dreißigjährigen Bestehens des Binnenmarktes in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU die Veranstaltung „30 Jahre Binnenmarkt“ statt. In seiner Begrüßung betonte der Hessische Europastaatssekretär Uwe Becker die Bedeutung des Binnenmarktes angesichts der globalen Herausforderungen, insbesondere für die besonders exportorientierte hessische Wirtschaft. An den Vortrag von Dr. Nils Redeker, stellvertretender Direktor des Jacques Delors Centre, der die wichtigsten Herausforderungen für den Binnenmarkt auf der Ebene der Investitionen, der Fiskalpolitik und der sozialen Fragen sah, schloss sich eine Diskussionsrunde an. An dieser von Moritz Koch (Leiter Handelsblatt Büro in Brüssel) geleiteten Diskussion beteiligten sich neben Dr. Redeker die Generaldirektorin bei der Kommission für Binnenmarkt (Industrie, Unternehmertum und KMU) - Kerstin Jorna und MdEP Anna Cavazzini (Grüne/DEU) Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Einigkeit bestand zwischen den Diskussionsteilnehmenden dahingehend, dass es den Mitgliedsstaaten nur gemeinsam durch den Binnenmarkt möglich bleiben wird, global wettbewerbsfähig zu bleiben.

Empfang für Nationale Experten in den EU-Institutionen

Am 08.06.2023 kamen rund 200 Nationale Experten zu einem Empfang in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU zusammen. Eingeladen hatte das Verbindungskomitee für Nationale Experten (CLENAD) unter Leitung seiner Präsidentin Beate Zapletal. Zum ersten Mal trafen sich die Nationalen Experten zu

einem „Networking-Event“ in Brüssel. Nationale Experten sind Beamtinnen/Beamte, bzw. Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in den Verwaltungen, vor allem Ministerien, der 27 EU-Mitgliedstaaten (MS). Sie werden bis zu sieben Jahre an die EU-Institutionen, insbesondere in die Europäische Kommission abgeordnet und unterstützen dort deren Arbeit. Insgesamt gibt es mehr als 1.200 Nationale Experten, allein davon knapp 1.000 in Brüssel. In einer Einführung wurden die europapolitischen Prioritäten Hessens sowie die zentralen hessischen Anliegen gegenüber der EU-Politik vorgestellt und es wurde auf die Zusammenarbeit Hessens mit seinen drei Partnerregionen im Mehr-Regionen-Haus in Brüssel hingewiesen. Kerstin Jorna, Generaldirektorin der Generaldirektion GROW der Europäischen Kommission dankte den Nationalen Experten für ihre Mitarbeit und Unterstützung und ging auf die Bedeutung des Binnenmarktes für die EU ein. Auch nach 30 Jahren bestünden eine Reihe von Herausforderungen zu Vollendung des Binnenmarktes, die nur gemeinsam von der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und den 27 MS angegangen werden könnten. CLENAD-Präsidentin Beate Zapletal stellte die Arbeit des Verbindungskomitees vor und betonte den Anlass, beim informellen Teil der Veranstaltung in der Vertretung des Landes Hessen sich kennenzulernen, auszutauschen und so die Grundlage für eine gute Zusammenarbeit zu schaffen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung nutzten die Gelegenheit, zahlreiche Kontakte zu Nationalen Experten in den verschiedenen Diensten der Europäischen Kommission und des EP im Rahmen des Networkingempfangs zu knüpfen.

Abendveranstaltung zur Beschulung ukrainischer Flüchtlingskinder am Beispiel Hessens

Auf Einladung der Hessischen Europaministerin, Lucia Puttrich, und des Hessischen Kultusministers, Prof. Dr. R. Alexander Lorz, fand am 13.06.2023 eine Abendveranstaltung zum Thema „Beschulung ukrainischer Flüchtlingskinder am Beispiel Hessens“ statt. Der Hessische Kultusminister, Prof. Dr. R. Alexander Lorz, hob in seiner Begrüßung hervor, dass die Aufnahme von Kriegsflüchtlingskindern und die Beschulung von Kindern aus der Ukraine eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellt, zu dessen Bewältigung ein parteiübergreifender Konsens vonnöten sei. Allein an den hessischen Schulen würden inzwischen über 16 Tsd. ukrainische Kinder unterrichtet. Das Erlernen der deutschen Sprache im Rahmen von Intensivklassen und Sprachförderkursen sei dabei von vorrangiger Bedeutung. Christopher Textor, Leiter der Abteilung Allgemeinbildende und berufliche Schulen im Hessischen Kultusministerium, stellte das hessische Konzept zur Beschulung ukrainischer Flüchtlingskinder vor. U.a. sei es zur Einrichtung einer wöchentlich tagenden Task Force Ukraine der Kultusministerkonferenz gekommen. Integration werde durch verpflichtende intensive Deutschförderung/ Beschulung ermöglicht, jedoch würden auch Rückkehroptionen in die Ukraine offengehalten. Iryna Kovalchuk, eine Lehrkraft aus der Ukraine, berichtete anschließend aus der Fluchtperspektive über ihre Integrationserfahrungen in das hessische Schulsystem. In der Podiumsdiskussion benannte Kultusminister Prof. Dr. Lorz die hohe Zahl an ukrainischen Flüchtlingskindern und die notwendige Rekrutierung zusätzlicher Lehrkräfte als größte Herausforderungen, die es zu bewältigen gibt. Michael Teutsch, Referatsleiter Schulen und Mehrsprachigkeit, Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, Europäische Kommission, gab einen Überblick über die Situation in der EU und schilderte die Initiativen der Kommission, um den Erfahrungsaustausch zwischen den betroffenen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Prof. Dr. Giulio Pagonis vom Institut für Deutsch als Fremdsprachenphilologie der Universität Heidelberg erörterte aus wissenschaftlicher Perspektive die Frage, welche Rahmenbedingungen und Inputs gegeben sein müssen, damit der Spracherwerb von Flüchtlingskindern erfolgreich

verläuft. Das von Charlotte Mori von der Koordinierungsstelle „Beschulung ukrainischer Schutzsuchender“ moderierte Podium wurde durch weitere Erfahrungsberichte der ukrainischen Grundschullehrerin Valentyna Kulinich und ihres 12-jährigen Sohn Dmytro Kulinich bereichert.

Kulturpolitischer Ausschuss des Hessischen Landtags tagt in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel

Am 13./14.06.2023 hielt sich der Kulturpolitische Ausschuss des Hessischen Landtags in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel auf. Nach einer internen Ausschusssitzung nahmen die MdL an der Abendveranstaltung zum Thema „Beschulung ukrainischer Flüchtlingskinder am Beispiel Hessens“ auf Einladung der Hessischen Europaministerin, Lucia Puttrich, und des Hessischen Kultusministers, Prof. Dr. R. Alexander Lorz, teil. Um aktuelle Fragen der Schulpolitik, Mehrsprachigkeit und das EU-Programms Erasmus+ ging es bei einem Gespräch mit Michael Teutsch, Referatsleiter Schulen und Mehrsprachigkeit, Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, Europäische Kommission. Mit Egbert Holthuis, Referatsleiter Arbeitsplätze und Qualifikationen in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration sprachen die Abgeordneten über die Problematik des Fachkräftemangels und die Initiativen der Kommission, diesem entgegenzuwirken. Schließlich diskutierte der Ausschuss mit Georgi Dimitrov, Referatsleiter Digitale Bildung, Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur, über die jüngst von der Kommission vorgelegten Empfehlungen zur Verbesserung der digitalen Fähigkeiten und der digitalen Bildung.

Präsentation des Bundeswettbewerbs Jugend forscht

Am 14.06.2023 hatte die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, zu einer Präsentation des 58. Bundeswettbewerbs Jugend forscht in die Hessische Landesvertretung in Brüssel eingeladen. Dr. Manuel Lösel, Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, beglückwünschte die Schülerinnen und Schüler zu ihrem Erfolg und erinnerte daran, wie wichtig es sei, junge Forschertalente bereits früh an den Wissenschaftsbetrieb heranzuführen. Die MINT-Bildung sei zentral für unsere Gesellschaft und das forschende Lernen sei ein richtiger Weg in die Zukunft. Oliver Karplak, Leiter des hessischen Landeswettbewerbs Jugend forscht, stellte die Geschichte und die Struktur des Wettbewerbs Jugend forscht vor. Dabei verwies er besonders auf die nach Corona wieder stark steigenden Teilnehmerzahlen. Im Anschluss präsentierte Niklas Volodin (14) von der Bundespräsident-Theodor-Heuss-Schule in Homberg (Efze) sein Projekt „Glucosebasierte Polyester - Nicht nur umweltfreundlich, sondern auch preiswert?“ Er erforschte eine Alternative zu umweltschädlichen Kunststoffen, die preiswerter ist als viele herkömmliche Kunststoffe. AbdulRahman Arafat (18) von der Gesamtschule Obersberg, Bad Hersfeld, entwickelte mit dem Projekt Brainmed- Gut- oder bösartig? ein KI-gestütztes Programm, das Krebsdiagnosen ohne Biopsie möglich macht. David Maul (19), Leon Bohnwagner (19) und Ruben Otto (18) von der Konrad-Zuse-Schule Hünfeld entwickelten mit dem Projekt „TERRAsim“ eine Simulations- und Vorwarnsystem zur Vermeidung von Hochwasserereignissen. Ester Karaffova (17) von der Gutenbergschule Wiesbaden erarbeitete mit ihrem Projekt „Dekorative Kosmetik – Nun auch unverpackt und wiederbefüllbar“ einen Mechanismus, mit dem sich leere Behälter für Kosmetik wieder auffüllen lassen. Jessica Heinze (17) vom Gymnasium Süderelbe, Hamburg, untersuchte die Wirkung von gasförmigem Diethylether auf die Signalweiterleitung des Fangblattes der Venusfliegenfalle. Leonie Prillwitz (19) vom Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, Bremerhaven, untersuchte die Auswirkungen kritischer Kleinstpartikel auf die Entwicklung von Bachforellenlaich. Schließlich stellte Benedikt Eberle (18) vom Johannes-Gymnasium, Lahnstein, mit seinem Projekt „Auf dem Weg nach oben“ den von ihm entwickelten Treppenstufen-Staubsaugerroboter vor. Die Abendveranstaltung war eingebettet in

einen von der Landesvertretung organisierten dreitägigen Besuch der Jungforscherinnen und Jungforschern in Brüssel.

Gespräche von Staatssekretär Uwe Becker am 14.-15.06.2023 im EP in Straßburg

Staatssekretär Uwe Becker führte vom 14.-15.06.2023 im EP in Straßburg Gespräche mit verschiedenen MdEP, Beamten und Mitarbeitern. Am 14.06.2023 fand ein Gespräch mit MdEP Jens Gieseke (EVP/DEU) zu den Themen EU-Luftverkehrspolitik, EU-KMU-Politik und Green Deal statt. Danach folgte ein Gespräch mit Michael Hahn, Kabinettsmitglied im Kabinett der Präsidentin Roberta Metsola zum Thema Transparenz und Integrität im EP. Im Mittelpunkt des Gespräches mit MdEP Axel Voss (EVP/DEU) standen die Themen KI-Verordnung und Lieferkettengesetz. Im Anschluss sprach Staatssekretär Uwe Becker mit den MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) und Joachim Schuster (S&D/DEU) über die Themen AMLA, Bankenpaket (CMDI) und Fragen der EU-Finanzdienstleistungspolitik. Mit MdEP Marlene Mortler (EVP/DEU) sprach Staatssekretär Becker zum Thema EU-Gesetzgebung für Pflanzenschutzmittel. Darüber hinaus nahm Staatssekretär Uwe Becker an der EVP-Fraktionssitzung teil und führte ein Gespräch mit MdEP Lukas Mandl (EVP/AUT) zu den Themen EU-Balkanpolitik und EU- Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Am 15.06.2023 fand ein Meinungsaustausch mit den hessischen MdEP Vizepräsidentin Nicola Beer (RN/DEU), MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) und MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) über aktuelle Hessen-Themen, darunter AMLA und Lieferkettengesetz, statt. Darüber hinaus führte Staatssekretär Becker Gespräche mit den MdEP Dr. Eva Maria Poptcheva (RN/DEU), MdEP Ralf Seekatz (EVP/DEU) und Mia Schünemann, der parlamentarischen Referentin von MdEP Karolin Braunsberger-Reinhold (EVP/DEU) zu den Themen AMLA und Bankenpaket (CMDI).

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

29./30.06.2023 Tagung des Europäischen Rates

Rat

19.06.2023 Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie (Energie)

20.06.2023 Rat Umwelt

21./22.06.2023 Informelle Rat Allgemeine Angelegenheiten

26.06.2023 Rat Auswärtige Angelegenheiten

26./27.06.2023 Rat Landwirtschaft und Fischerei

27.06.2023 Rat Allgemeine Angelegenheiten

29./30.06.2023 Europäischer Rat

Europäische Kommission

- 20.06.2023 Überprüfung/Überarbeitung der Funktionsweise des mehrjährigen Finanzrahmens
Ein angepasstes Paket für die nächste Generation der Eigenmittel
Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit
- 28.06.2023 Gemeinsame Mitteilung zum Klimawandel, zur Umweltzerstörung sowie zu Sicherheit und Verteidigung
Einheitliches Währungspaket
- Digitaler Euro
- Verordnung über den Geltungsbereich und die Auswirkungen des gesetzlichen Zahlungsmittels der Euro-Banknoten und -Münzen
Offene Finanzen und Zahlungen
- Verordnung über den Zugang zu Finanzdaten
- Überarbeitung der EU-Vorschriften für Zahlungsdienste

Europäisches Parlament

Es finden in den nächsten zwei Wochen keine EP-Plenarsitzungen statt.

Ausschuss der Regionen

- 20.06.2023 CIVEX-Fachkommissionssitzung
Strategische Vorausschau als Instrument für die EU-Governance und eine bessere Rechtsetzung (Abstimmung)
- 21.06.2023 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Mentoring als wirksames und konkretes Instrument für das Europa von morgen (Abstimmung)
Schluss mit geschlechtsspezifischer Gewalt Städte und Regionen als Vorreiter (Meinungsaustausch)
Entwicklung eines neuen europäischen wertebasierten Sportmodells von unten nach oben (Meinungsaustausch)
- 22./23.06.2023 COTER-Fachkommissionssitzung
Europäischer grenzübergreifender Mechanismus 2.0 (Abstimmung)
Drohnenstrategie 2.0 (Abstimmung)
Ein gerechter und nachhaltiger Wandel in den Automobilregionen (Abstimmung)
Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 (Meinungsaustausch)

29.06.2023

ENVE-Fachkommissionssitzung
COP 28 der UN-Klimarahmenkonvention: Beitrag der subnationalen Ebene zur Aufrechterhaltung der Klimaschutzdynamik (Abstimmung)
Eine Multi-Level-Governance für den Grünen Deal: Überarbeitung der Verordnung über das Governance-System für die Energieunion und für den Klimaschutz (Meinungsaustausch)
Europäische Wasserstoffbank (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

EuGH

22.06.2023

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 660/21 K. B. und F. S (Prüfung von Amts wegen im Strafverfahren) - Belehrung über das Recht auf Aussageverweigerung – Prüfung von Amts wegen

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 579/21 Pankki S - Informationen über die Abfrage personenbezogener Daten

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 823/21 Kommission / Ungarn (Absichtserklärung vor Stellung eines Asylantrags) - Voraussetzungen für die Stellung eines Asylantrags in Ungarn

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 427/21 ALB FILS KLINIKEN - Dauerhafte Personalgestellung nach Ausgliederung in Service GmbH

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 6/21 Deutschland / und C 16/21 Estland / Pharma Mar und Kommission - Streit um Zulassung des Arzneimittels Aplidin

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C 281/22 G. K. u.a. (Europäische Staatsanwaltschaft) - Grenzüberschreitende Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-588/21 P Public.Resource.Org und Right to Know / Kommission u.a. - Zugang zu CEN-Sicherheitsnormen für Spielzeug

- 27.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 29/22 P KS und KD / Rat u. a. und C 44/22 P Kommission / KS u.a. - EULEX-Mission im Kosovo – Zuständigkeit des Gerichtshofs
- Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C 351/22 Neves 77 Solutions - Einziehung von Erlösen aus Geschäften mit Gütern aus Russland
- 29.06.2023 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C 829/21 Stadt Frankfurt am Main und C 129/22 Stadt Offenbach am Main (Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis im zweiten Mitgliedstaat) - Aufenthaltsrecht von Drittstaatsangehörigen in der EU
- Urteil des Gerichtshofs in der Rechtsmittelsache C 763/21 P TUfly / Kommission - Staatliche Beihilfen – Flughafen Klagenfurt
- Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-61/22 Landeshauptstadt Wiesbaden - Speicherung von Fingerabdrücken auf Personalausweisen
- Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 543/21 Verband Sozialer Wettbewerb (Pfandbehälter) - Preisangaben bei Pfandprodukten
- Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-216/22 Bundesrepublik Deutschland (Zulässigkeit eines Folgeantrags) - Wiederholte Asylanträge

EuG

- 21.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 182/22 Deutsche Bank u.a. / Europäische Zentralbank - Aufsichtsrechtliche Behandlung unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen
- 26.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 234/22 Ismailova / Rat- Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 27.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 283/22 Moshkovich / Rat - Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine
- 28.06.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 248/22 Mordashov / Rat - Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

30.06. 2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der
Rechtssache T 123/22 Ecocert India / Kommission - Import
von Bio-Produkten aus Indien

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 30.06.2022.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA